

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtauskript: Tageblatt Riesa.

Bureau Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Poststempelkonto: Leipzig 21262.

Girokasse Riesa Nr. 52.

Nr. 46.

Donnerstag, 24. Februar 1921, abends.

74. Jahrg.

Tagesblatt Riesa.
Um Poststempel monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erlösen an bestimmten Tagen und Städten wird nicht übernommen. Preis für die 48 von vier, kann jede Bruchstelle (7 Seiten) 1.10 Mark, Postgebühr 1.- Mark, Zeitungs- und Veröffentlichungsbüro 80 Pf. "Für alle Zeitungen, die nicht erledigt, durch diese eingezogen werden müssen oder der Auftraggeber in Konkurrenz steht, Siedlungs- und Schließungsort Riesa. Verschiedene Interessenten - Großherzog von Sachsen - hat der Beleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsdruck und Verlag: Sonder & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Wilhelm Hähnel. Riesa: für Anzeigenstell: Wilhelm Hähnel. Riesa.

Butter betr.
Abschnitt 6, gültig vom 28. Februar bis 6. März 1921, darf in den Orten Großenhain, Riesa, Niederbora, Gröba, Niederndorf und Nördern mit einem Viertel Stückchen, in allen übrigen Orten mit einem Viertel Stückchen Butter beliefert werden.
Großenhain, am 22. Februar 1921.
121 f.v.

Der Kommunalverband.

Haferbewirtschaftung betr.

Durch Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 12. Februar d. J. ist die von der Fleischgetreidestelle zur Ablieferung der ersten Hälfte der Haferumlage bis 1. Februar d. J. gestellte Frist, den Haferbauern in der Verlängerung der Amtshauptmannschaft - 4. VIII. - vom 18. Januar mitgeteilt, bis 15. März d. J. verlängert worden.

Vertisches und Sächsisches.

Riesa, den 24. Februar 1921.

* Nichtamtlicher Bericht über die gestern abend von 5 Uhr ab in der Oberrealschule abgehaltenen öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Das Kollegium war vollständig anwesend. Als Vertreter des Rates wohnten Herr Bürgermeister Dr. Schneider und Herr Stadtrat Kerner die Sitzung bei. Der Sitzerraum war wieder stark besetzt. Die Sitzung leitete Herr Vorsteher Günther.

1. Befreiung der Ausschüsse. Herr Stadtrat Mende berichtete über die von dem eingesetzten Ausschuss geleistete Vorbereitung. Die Rechte erklärte sich mit der über die Verteilung der Sitz getroffenen Vereinbarung einverstanden. Die Ausschüsse wurden mit Stadtverordneten wie folgt besetzt:

Arenenausschuss: Bormann, Schneider, Klemm.
Steneraumauschuss: Rohrborn, Tröger, Schönborn, Mehlhorn, Jöhne.
Bauausschuss: Nöhrborn, Müller, Pietsch, Günther, Schönborn, Döberenz.
Bibliotheksausschuss: Gaumnig.
Feneralitätsausschuss: Rohrborn, Illgen, Beier.
Finanzausschuss: Mende, Gaumnig, Döberenz.
Gesamtausschuss: Müller, Schneider, Döberenz.
Gartenausschuss: Bormann, Schönborn, Beier.
Kräuterausschuss: Schumann, Frau Schlimpert, Jöhne.
Marktkaufhaus: Müller, Tröger, Illgen, Klemm.
Niederlagsausschuss: Müller, Illgen, Klemm.
Rechts- und Verfassungsausschuss: Winkler, Günther, Jöhne.
Mitterlagsausschuss: Nöhrborn, Illgen, Beier.
Schulausschuss: Tröger, Rohrborn, Günther, Frau Schlimpert, Mehlhorn, Jöhne, Döberenz.
Schlossbaumausschuss: Bormann, Frau Schlimpert, Nöhrborn, Günther, Klemm.
Ausschuss für gärtnerische Anlagen: Schumann, Schönborn, Klemm.

Sparkassenausschuss: Winkler, Gaumnig, Jöhne.
Stadtkommunaltausausschuss: Mende, Gaumnig, Jöhne.
Wasserwerksausschuss: Nöhrborn, Schneider, Döberenz.
Wohnungsvergabeausschuss: Mende, Bormann, Frau Schlimpert, Beier.
Wohnungsausschuss: Bormann, Frau Schlimpert, Mehlhorn, Beier.
Erwerbslosenfürsorgeausschuss: Tröger, Schönborn, Beier.
Ortsstolpersteile: Schumann, Mehlhorn, Beier.
Ausschuss für die Strafenbenennung: Schumann, Rohrborn, Günther, Klemm.

Ausschuss für die Vereinigung mit Gröba: Nöhrborn, Winkler, Mende, Gaumnig, Schneider, Döberenz.
Von allen Stimmen angenommen wurde ein Antrag Gaumnig (sod.) der die Zusammenlegung des Gas- und Wasserwerksausschusses und die Erweiterung des Bibliotheksausschusses um ein Mitglied aus Peripherie vorstellt. Ein weiterer Antrag Gaumnig, den Oberrealschulausschuss um ein Mitglied aus der Mitte der Stadtverordneten zu erweitern, wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen.

2. Verkauf des fr. Klingelschen Grundstückes. Die Vorlage hat den Bauausschuss in mehreren Sitzungen beschäftigt. Das Grundstück ist zur Zeit von Herrn Jungier ermettet, der in einer Einigung u. a. darauf hingewiesen hat, daß der Verkauf des Grundstückes an ihn auch im Interesse der Stadt liege, da sein Geschäft zur Lösung der volkswirtschaftlichen Aufgaben der Stadt mitbeitrage. Es bedarfte nicht, durch Weiterveräußerung des Grundstückes ein Geschäft zu machen. Ferner erklärt er sich bereit, zur Uterregulierung der Zabina Lant zur Verfügung zu stellen. Der Bauausschuss hat feststellen lassen, daß der Zeitwert des Grundstückes 41.800 Mk. beträgt, von der Stadt sind seinerzeit 15.000 Mk. für das Grundstück gezahlt worden. Der Ausschuss hat schließlich beschlossen, den städtischen Kollegen zu empfehlen, daß Grundstück für 35.000 Mk. an Jungier zu verkaufen, unter der Bedingung, daß das nötige Kreis zur Regulierung der Zabina von ihm oder seinen Rechtsnachfolgern unentbehrlich an die Stadt abgetreten wird. Der Rat hat diesem Beschlusse des Bauausschusses zugestimmt und Herr Jungier hat sich bereit erklärt, unter diesen Bedingungen das Grundstück zu verkaufen. Herr Stadtr. Schönborn (sod.) erklärte, seine Fraktion habe auf dem Standpunkte, daß städtische Grundstücke nicht zu veräußern seien. Sie lehne daher die Vorlage ab. In der Einwohnergemeinde existierte womöglich auch die Auffassung, daß die Stadt Grundstücke nicht veräußern sollte. Ein Bedürfnis zur Veräußerung liege nicht vor. Herr Jungier solle als Mieter so untersucht werden, daß er seine Existenz finde. Herr Bürgermeister Dr. Schneider bemerkte, daß auch der Rat auf dem Standpunkte habe, daß einmal im Besitz der Stadt befindliche Grundstücke nicht veräußert werden sollten. An diesem Prinzip hätte man aber nicht so stark festhalten, daß eine Ausnahme auch dann abgelehnt werde, wenn die Verhältnisse es als ratsam erachten ließen. Um vorliegenden Fall sei eine Ausnahme zu dulden. Der

Durch diese Verordnung des Wirtschaftsministeriums haben sich die den Haferbauern zum Teil angekündigte Zahlungsauforderungen für nicht erfüllte Lieferung, und die von den Haferbauern gegen diese Zahlungsauforderungen bei der Amtshauptmannschaft erhobenen Einsprüche, aufrichtig erledigt, und bleibt es den Haferlieferungspflichtigen überlassen, sofern sie nicht bis 15. März d. J. ihre Ablieferungspflicht erfüllen, anderweitig Einspruch zu erheben.

An dem Ablieferungstermin für die zweite Hälfte der Haferumlage (1. April) ändert sich nichts.

Mitteilung, am 23. Februar 1921.

Die Amtshauptmannschaft.

Zontabend, den 26. Februar, vorm. 10 Uhr sollen im Amtsgericht Riesa 1 Posten Tablette, teils vernichtet, Spielwaren, Spaten, Zwischenlagen, Vernebelungstäbe, Vogelkäfigen, 4 Hosen, 8 Paar Schuhe usw. versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher.

Erlös könne ja dazu verwendet werden, anderen Grundbesitz zu erwerben. Herr Stadtr. Mende (Bürgerl.) ist ebenfalls der Ansicht, daß der Stadt aus dem Verkauf des Grundstückes ein Schaden nicht erwacht. Als Mieter könnte Herr Jungier sein Geschäft nicht so betreiben, wie es wünschenswert sei. Sollte kommen, daß er als Sohn des früheren Besitzers den Wunsch habe, das vaterliche Grundstück wieder in seine Hand zu bekommen. Die Stadt lege an den in ihrem Besitz befindlichen Grundstücken jährlich 31.000 Mk. zu, es könne also keine Rente davon sein, daß sie durch den Verkauf geschädigt werde. Die Rechte stimme der Ratsvorlage zu. Herr Stadtr. Beyer (linab.) Seine Fraktion lehne die Ratsvorlage ab. Herr Stadtr. Schneider (sod.) spricht ebenfalls gegen den Verkauf. Die Gründe, die damals für den Ankauf des Grundstückes maßgebend gewesen seien, beständen auch heute noch. Der von der Stadt geforderte Preis sei glatter Bodenwuchs. Herr Stadtr. Bormann (Bürgerl.) ist der Meinung, daß es sich nicht nur um eine wirtschaftliche, sondern auch um eine ideale Frage handle. Es sei verhältnißmäßig, wenn Herr Jungier den Verkauf mache, das vaterliche Grundstück wieder in seinen Besitz zu bekommen. Für einen Geschäftsmann sei es vielmehr, wenn er auf eigenem Grund und Boden stehe. Die Höhe des Preises sei Sache des Herrn Jungier. Er möge ihn bezahlen, weil es sich um das Haus seines Vaters handle. Herr Stadtr. Gaumnig (sod.) bemerkte, von menschlichen Gedanken könne man erst reden, wenn es sich darum handeln würde, Herrn Jungier auf die Straße zu setzen. Aber das sollte ja keinesfalls geschehen. Wenn Herr Jungier in dem Grundstück Änderungen vornehmen, um seinem Geschäft zu nützen, so werde ihm die Stadt nicht hinderlich sein. Mit ihren Bürgern mache die Stadt deshalb schlechte Geschäfte, weil sie von den Hausbesitzern nicht die besten Dörfer zum Kauf angeboten seien. Um nicht unverhältnismäßig hohe Mieten zu fordern, müsse sie Aufschüsse zahlen. Die Vorlage wird schließlich abgelehnt. Gegen sie stimmte die Linke, dafür die Rechte.

3. Errichtung einer ständigen Lehrerstelle an der Oberrealschule. Unter den 21 Lehrkräften an der Oberrealschule müßten nach den geleglichen Bestimmungen 17 ständige sein. Es sind aber nur 14 ständige Lehrkräfte vorhanden. Der Oberrealschulausschuss hat deshalb beschlossen, daß eine nichtständige Lehrkraft ständig gemacht wird. Die Oberrealschulkommission und der Rat haben diesem Beschlusse zugestimmt. Herr Stadtr. Gaumnig (sod.) erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion der Vorlage nicht zustimmen könne. Wenn ihr Antrag, die Sexta und Quinta wegfallen zu lassen, verwirklicht werde, dann würden auch Lehrkräfte wegfallen und es würden dann zu viel ständige Lehrer vorhanden sein. Herr Stadtr. Schumann (sod.) führt aus, daß die Rechte der Vorlage zustimmen, und zwar einfach deshalb, weil sie eine Notwendigkeit sei. Die Stadt könnte um die gelegliche Verpflichtung nicht herkommen. Die Begründung der Linke, daß von den 17 ständigen Stellen die 15. nicht bewilligt werden sollte, weil vielleicht später einmal Kosten abgerechnet werden könnten, könne er nicht für richtig halten. Es seien an sich 17 ständige Stellen notwendig, die 15. solle bestehen. Es sei aber noch eine ganze Reihe von nichtständigen Herren da. Wenn es sich einmal darum handele, nach und nach Herren zu entlassen, dann würden diese ständigen Stellen immer noch notwendig sein. Deshalb müsse doch auch die Linke zu einer Änderung ihres Beschlusses kommen. Es befürchtete, daß das Ministerium dem Standpunkt der Linken nicht zustimmen könnte, weil er den geleglichen Bestimmungen entgegenstehe. Herr Bürgermeister Dr. Schneider verweist ebenfalls darauf, daß wir nach einer Verordnung des Ministeriums verpflichtet seien, 17 ständige Lehrkräfte zu halten. Wenn wir die 15. einrichteten, würden wir immer noch mit 2 Stellen im Rückstand sein. Dem Antrag Gaumnig auf Wegfall der Sexta und Quinta würden durch die Schaffung der neuen ständigen Stelle Hindernisse nicht bereitet. Herr Stadtr. Mende (Bürgerl.) erklärt, daß auch er den leistungsfähigen Unterricht der Volksschule wünsche. Überzeugt sei keine Möglichkeit vorhanden, auf irgendeine Weise die zwei Klassen der Oberrealschule der Volksschule anzugehören. Solange das Ministerium nicht den Leistungen Unterricht der Volksschule anordne, sei die Sache nicht zu machen. Unsere höhere Schule würde gegenüber anderen Orten zurückgelegt. Herr Stadtr. Gaumnig (sod.) erwidert, daß die Frage in Berlin bereits gelöst sei. Wenn man sich wegen der ständigen Lehrkosten auf den geleglichen Standpunkt stelle, dann bewillige die Linke für die Oberrealschule überhaupt keine Gehalter mehr, das sei ihr gutes Recht. Vor einem Wiederholung habe die Linke ihre Anträge gestellt, doch sei die Sache noch nicht vorwärts gekommen. Es stimme nicht, daß die Oberrealschule durch die Abteilung der ständigen Lehrkräfte geschädigt werde. Die Lehrkräfte seien da, es handle sich nur darum, daß eine Lehrkraft ständig gemacht werde. Die Vorlage laufe auf ein Verbauen der Ziele der Linken hinaus. Herr Stadtr. Schumann (Bürgerl.) erwidert, Herr Gaumnig meine, daß sein Vorleschen keine Schädigung der Oberrealschule bedeute. Der

Bau einer Schule müsse ganz anders werden, wenn man die Grundlagen wegnimmt. Er könne nicht einsehen, warum man in Riesa einen pädagogischen Verlust machen wolle, der von reichsweiter noch nicht für das ganze Reich festgestellt sei. (Stadt. St. obne: Da können wir lange warten) Wenn Sie es machen, zerstören Sie unsere höhere Schule. Herr Gaumnig fragt, wenn man mit Zwang kommt, verlieren wir die Mittel für die Oberrealschule. Wenn die Oberrealschule aufgelöst wird, so schnell geht das freilich nicht, so hat die Stadt die Gehälter für die Lehrer weiter zu zahlen. Wenn eine Abtrennung der unteren beiden Klassen kommt soll, kann sie nur durch Reichsgesetz kommen. Wenn Riesa allein anstrengt, werden nicht nur höhere Schulzettel entzogen, unsere Schüler müßten dann auch ohne vollständigeszeugnis abschließen und würden sich hüten, die Schule zu besuchen. Wie man dann sagen könne, man kommt auf schwere Schädigung, ist unerfindlich. Es wolle nochmal vor pädagogischen Experimenten warnen. Herr Stadtr. Beyer (Bürgerl.) bemerkte, wenn ein Beamter die Rechtigung erlangt habe, aufzurücken, so dürfe ihm kein Recht, wenn die Möglichkeit der Besserstellung gegeben sei, nicht vorbehalten werden. Über seine Fraktion sei gegen jede Standesschule, aus diesem Grunde, und weil den Ausschreibungen des Herrn Gaumnig zugestimmt sei, stimme seine Fraktion gegen die Vorlage. Herr Stadtr. Schneider (sod.) erklärt, die Linke mache seine Experimente. Die Stadt könne die Kosten für die Oberrealschule nicht mehr tragen, die sich nach dem letzten Haushaltplan auf 311000 Mk. beliefen. Es müßten Erparnisse gemacht werden. Die Anträge der Linken seien geteilt worden mit der Begründung, daß dadurch Erparnisse erreicht würden. Herr Stadtr. Gaumnig (sod.) bezeichnet es als Liebertreibung, wenn gelagert werde, unsere höhere Schule werde zerstört, wenn die zwei Klassen genommen würden. Die Mehrheit des deutschen Volkes wünscht das, was die Linke vorstellt. Die sechsjährige Grundschule sei von der Reichskonferenz angenommen worden. In der Schweiz und in Norwegen seien die Fragen schon seit Jahrzehnten durchgeführt. Die Linke läge ihre Anträge als Kompromiß an, in Wirklichkeit gingen ihre Forderungen noch weiter. Der Vorschlag der Linken, durch eine Kommission die Genehmigung des Ministeriums einzuholen, sei von der Rechten des alten Kollegiums niedergesetzt worden. Herr Bürgermeister Dr. Schneider bemerkte, daß die Anträge seinerzeit nicht angenommen, sondern nur dem Rat als Material überwiesen worden seien. Die Beratung der Anträge sei auch sofort in die Wege geleitet worden. Der Vorschlag der Berichterstattung sei also in keiner Weise berechtigt. Die hiermit vorgenommene Abstimmung ergab die Ablehnung der Ratsvorlage. Die Linke stimmte wieder geschlossen gegen, die Rechte für die Vorlage.

4. Errichtung einer nichtständigen wissenschaftlichen Lehrkosten an der Oberrealschule. Östern 1921 wird an der Oberrealschule die Überprüfung aufgelegt, wodurch eine größere Anzahl Unterrichtsstunden erfordert werden. Um die Stundenzahl der aufwachsenden Klasse zu decken, soll eine nichtständige wissenschaftliche Lehrkosten begründet werden. Die Zahl der ordentlichen Lehrkräfte steigt damit von 21 auf 22. Die Notwendigkeit gingen ihre Forderungen noch weiter. Der Vorschlag der Linken, durch eine Kommission die Genehmigung des Ministeriums einzuholen, sei von der Rechten des alten Kollegiums niedergesetzt worden. Herr Bürgermeister Dr. Schneider bemerkte, daß die Anträge seinerzeit nicht angenommen, sondern nur dem Rat als Material überwiesen worden seien. Die Beratung der Anträge sei auch sofort in die Wege geleitet worden. Der Vorschlag der Berichterstattung sei also in keiner Weise berechtigt. Die hiermit vorgenommene Abstimmung ergab die Ablehnung der Ratsvorlage. Die Linke stimmte wieder geschlossen gegen, die Rechte für die Vorlage.

1. daß der Übergang auf die Oberrealschule erst nach dem 6. Schuljahr erfolge. 2. Die persönlichen Schullasten sollen auf den Staat übernommen oder wenigstens nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern gestaffelt werden. Eine Abordnung von 3 Städten verordnet und eventuell auch eine solche vom Rat soll draufgebracht werden, mit dem Kultusminister Kleijnen verhandeln und um Zustimmung zu erlangen. 3. Die Errichtung einer neuen nichtständigen Lehrkosten soll nur gutgeheben werden, wenn der Rat der Entsendung der Abordnung zustimmt.

Herr Stadtr. Mende (Bürgerl.) erklärte, die Rechte lehne Punkt 1 des Antrages ab, weil er unter den heiligen Verhältnissen nicht durchführbar sei. Der Übergang der persönlichen Schullasten durch den Staat könne zustimmt werden, aber Ablösung auf Erfolg habe diese Bitte nicht, man wisse ja, wie es um die Finanzen des Staates stebe. Auch mit der Staffelung des Schulgeldes könne man sich abfinden, aber dann sei es notwendig, daß man auch in anderen Orten diese Regelung etabliere. Von der Rückfrage mit Kultusminister Kleijnen verpreßte er sich gar nichts. Herr Stadtr. Gaumnig (sod.) erwidert, die Staffelung des Schulgeldes könne durchgeführt werden, da gelegliche Bestimmungen nicht entgegenstehen. Herr Stadtr. Mende (Bürgerl.) erwidert, die Staffelung würde Einfluss auf den Schulbetrieb von auswärts ausüben. Herr Bürgermeister Dr. Schneider bemerkte, solange wir staatliche

Unterstützung beantragt. Bestimmt der Staat die Höhe der Straßenzölle. Die Staffelung ist natürlich diskutabel. Wenn sie bloß abgelehnt werden soll, so deshalb, weil das Ministerium die Straßenzölle vorgeschrieben habe und weil es keine Steuerzettel gäbe, nach denen man sich richten könne. Der Staat in seiner heutigen finanziellen Lage könne die Straßenzölle nicht übernehmen. Im Haushaltssatz sei der Aufschub für die Oberrealschule auf 311000 M. eingestellt. Der Beitrag sei deshalb so hoch, weil man habe vorliebig sein wollen. Auch die Beihilfe des Staates sei vorliebigswise niedrig eingestellt worden. Diese werde aber wesentlich höher sein, als vorgesehen, sobald dann auch der Aufschub sich abmindesten werde. Es wurde hierauf zur Abstimmung geschritten. Die Ratsvorlage wurde abgelehnt. Fünf Stimmen nur für Bürgerlichen. Der Antrag der soz. Fraktion wurde angenommen, und zwar Punkt 1 und 3 gegen die bürgerlichen Stimmen, Punkt 2 abgestimmt.

5. Der Errichtung einer ständigen Lehrerstelle an der Knabenschule unter Berücksichtigung der Bevölkerung des bis Okt. 1921 bewilligten Haushaltssatzes wurde zugestimmt, ebenso

6. der Bewilligung von 700 M. Berechnungsaufschub zur Teilnahme an Lebtagen für Mädchentertüftlungsschullehrer.

7. Der neue Vertrag über die Haftpflichtversicherung des Postkraftwagens der Gasanstalt wurde gutgeheissen.

8. Buschuhbewilligung an die Straßenbahnen. Die Straßenbahngesellschaft ist schon 1919 nicht auf ihre Kosten gekommen, 1920 haben sich die Verhältnisse noch weiter verschlechtert. In einer Eingabe an den Rat hat die Gesellschaft die Lage geschildert und gebeten, die Stadt möglicherweise entweder die Straßenbahnen in städtische Rechte übernehmen oder einen Aufschub gewähren. Die Finanzauszahlung hat die Übernahme der Straßenbahnen durch die Stadt abgelehnt. Es hat sich aber nicht der Meinung verschlossen, dass die Straßenbahnen ein gemeinschaftliches Unternehmen ist, das Unterstützung verdient. Es müsse verlängert werden, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Es würden auch wieder bessere Betriebs- und Finanzverhältnisse kommen, wenn die Preise für Gütermittel und Werke zurückgingen. Der Straßenbahngesellschaft sollte der Verlust der Gesellschaft vom Jahre 1920 in Höhe von 5898,50 M. ersetzt und ihr für das Jahr 1921 ein Aufschub von 8000 M. gewährt werden. Der Rat ist dieser Befürchtung des Finanzausschusses beigetreten. Herr Stadtr. Baumgärtner (soz.) erklärt, dass die sozialdemokratische Fraktion grundsätzlich geneigt sei, die Straßenbahnen nicht einzugeben zu lassen. Für Kriegsveteranen und ähnliche Leute sei es eine Wohltat. Die Verhältnisse der Gesellschaft müssten aber noch mehr ergründet werden. Die Unterlagen der Bilanz und die Betriebskosten müssten einmal mit der Gesellschaft durchgesprochen werden. Auch müsste die Stadt Einfluss auf die Gestaltung des Fahrtelpreises bekommen. Kriegsveteranen, Altersrentner und die regelmäßigen Fahrenden müssten Vergünstigungen erhalten, die seltener Fahrenden schärfere Beiträge verlangen werden. Die Gewährung von Zuflüssen berechtigte die Stadt in dem Verlangen, Einfluss im Aussichtsberatung und in der Aktionärsversammlung zu haben. Die sozialdemokratische Fraktion wünsche, dass die Vorlage so lange zurückgestellt werde, bis eine Verhandlung mit der Gesellschaft stattgefunden habe. Herr Stadtr. Tröger (bürgerl.) bemerkte, dass die Rechte ebenfalls wünsche, dass die Straßenbahnen erhalten bleibe, deren Übernahme durch die Stadt aber ablehne. Mit den Forderungen der Sozialdemokraten, dass die Stadt Einfluss auf die Betriebsführung und die Gestaltung des Fahrtelpreises gewinne, erkläre sich die Rechte einverstanden, nicht aber mit der Vertragung der Vorlage. Auf dem zu fassenden Beschluss standen die gestellten Bedingungen zum Ausdruck gebracht werden. Herr Stadtr. Blaewort. Beier (Knab.) beantragt, die Sache zu verhandeln, sodass erhalten werden: ein Ehepaar 200 M., eine ledige oder sonst alleinstehende Person 100 M. und jedes Kind 50 M. Es ist ferner der Meinung, dass wir in Riesa genug Beschäftigung hätten und keine Erwerbslosen zu haben brauchten, wenn die Bekämpfung des Demobilisierungskommissars streng angewandt worden wären. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwiderte, dass die Stadt in dieser Frage nicht allein die Macht habe. Wo die Möglichkeiten bestanden, seien die Bestimmungen angewandt worden. Was die Beihilfe ausbelange, so seien die Sätze vom Erwerbslosenfürsorgeaufschub vorbereitet worden. Bei der Vertragung sei in Betracht gezogen worden, dass außer einer sozialen Beihilfe angepasst werden sei. Herr Stadtr. Schneider (soz.) will den Antrag Beier, dem er im Übrigen zustimmt, dem Finanzausschuss übertragen wissen. Herr Stadtr. Blaewort. Beier bittet, dass Beihilfe wohlauf zu behandeln, denn der Sport und die Leibesübungen müssten gepflegt werden.

9. Einmalige Beihilfe an Erwerbslose.

Der Rat hat beschlossen, den in Riesa endgültig unterstützungsberechtigten Erwerbslosen, die am 31. Januar 1921 6 Wochen erwerbslos waren und ununterbrochen Erwerbslosenunterstützung erhalten haben, eine einmalige Beihilfe, die als Winterbeihilfe anzusehen ist, nach folgenden Sätzen an gewähren: ein Ehepaar 100 M., eine ledige oder sonst alleinstehende Person 50 M. und für jedes Kind 25 M. Die erforderlichen Mittel werden aus Kontos 40% des diesjährigen Haushaltplanes bewilligt. Herr Stadtr. Blaewort. Beier (Knab.) beantragt, die Sätze zu verdoppeln, sodass erhalten werden: ein Ehepaar 200 M., eine ledige oder sonst alleinstehende Person 100 M. und jedes Kind 50 M. Es ist ferner der Meinung, dass wir in Riesa genug Beschäftigung hätten und keine Erwerbslosen zu haben brauchten, wenn die Bekämpfung des Demobilisierungskommissars streng angewandt worden wären. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwiderte, dass die Stadt in dieser Frage nicht allein die Macht habe. Wo die Möglichkeiten bestanden, seien die Bestimmungen angewandt worden. Was die Beihilfe ausbelange, so seien die Sätze vom Erwerbslosenfürsorgeaufschub vorbereitet worden. Bei der Vertragung sei in Betracht gezogen worden, dass außer einer sozialen Beihilfe angepasst werden sei. Herr Stadtr. Schneider (soz.) will den Antrag Beier, dem er im Übrigen zustimmt, dem Finanzausschuss übertragen wissen. Herr Stadtr. Blaewort. Beier bittet, dass Beihilfe wohlauf zu behandeln, denn der Sport und die Leibesübungen müssten gepflegt werden.

10. Ordnung für die Siedlungsnutzung. Herr Stadtr. Johne (Knab.) bezeichnete den vorliegenden Entwurf als veraltet und der heutigen Zeit nicht mehr entsprechend. Er hieß zu § 1 einen längeren Abänderungsantrag, der vor allem begradigen sollte, eine Umgebung der Siedlungen zu verhindern. Der Antrag stand nicht die genügende Unterstützung und konnte daher nicht zur Verhandlung kommen. Die sozialdemokratische Fraktion war der Meinung, dass der Antrag zu umfangreich sei, um sofort zu ihm Stellung nehmen zu können. Sie beantragte daher, die Vorlage nochmals an den Ausdruck zu verweisen. Der sozialdemokratische Vertragungsantrag wurde von den Bürgerlichen und den Unabhängigen abgelehnt. Nunmehr nahmen die Sozialdemokraten den Antrag der Unabhängigen selbst wieder auf, den sie zuerst nur deshalb nicht unterstützt hatten, weil sie der Meinung gewesen seien, dass er im Ansicht besser beraten werden könnte. Ebenso wurden von den Rechten einige Änderungen beantragt. Herr Bürgermeister Dr. Scheider sieht die Vertragung der Vorlage und die Überweisung der Anträge an den

Mitbew. den Anfangszeit zur Verarbeitung doch für das richtiger. Einzelheiten wurde der Vertragungsantrag schließlich doch noch einstimmig angenommen.

11. Dem 4. Nachtrag zur Sparkassenordnung wurde zugestimmt und 12. die Sparstellenordnung auf das Jahr 1920 eingetragen.

13. Haushaltssatz auf das Jahr 1920. Die einzelnen Abteilungen, die nicht schon verabschiedet waren, wurden genehmigt. Herr Bürgermeister Dr. Scheider, wie nochmals auf die Schwierigkeiten hin, die sich der Feststellung des Haushaltssatzes entgegenstellten, auch heute könnten wir in finanzieller Hinsicht noch nicht vor klaren Verhältnissen. Herr Stadtr. Blaewort (bürgerl.) bittet, die Wandersteuer höher einzustellen. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwidert, dass bereits der höchste Beitrag, der gelegentlich zulässig ist, eingestellt worden ist. Der Haushaltssatz wurde hierauf angenommen.

14. Der 5. Nachtrag zur Inspektion für den Schornsteinfegermeister wurde angenommen, ebenso die Platzvorlage.

15. die äußerste Verwendung von 3000 M. von den zur Juventinverteilung an der Oberrealschule bewilligten, hierzu nicht voll erforderlichen 8000 M. Die Unabhängigen stimmen daran, sie wollten die 3000 M. für die Vermögensaufstellung verwenden.

16. Dem Einbau eines Abortes im Kontorgebäude der fr. Feuerwehr Göhlis und der Bewilligung der Kosten von 200 M. wurde zugestimmt. Dem Platz wurde empfohlen, die Wohnungen dort einmal einer gründlichen Durchsicht zu untersuchen und bauliche Mängel abzustellen.

17. Als Vertreter der Gemeindevertretung wurde Herr Kaufmann Storch gewählt.

18. Die Mitgliedschaft beim Deutschen Jugendmuseum soll mit einem Jahresbeitrag von 100 M. erworben werden.

19. Auszahlung vorgeschlagenen Teilstück einer Wohnung im Grundstück Auguststraße 2 und der Bewilligung der Kosten in Höhe von 9200 M. wurde zugestimmt.

20. Der Sportklub 1910 hat gebeten, der Rat möge den Platz hinter der 32er Polizei pachtweise erwerben und ihn dann gegen Platzkosten dem Sportklub überlassen. Der Bürger will mit dem Verein ein Nachverhältnis nicht eingehen. Der Rat hat das Gesuch abgelehnt, da er den Schwarzen Platz als Sportplatz herrichten will. Herr Stadtr. Blaewort. Beier bittet, dass Beihilfe wohlauf zu behandeln, denn der Sport und die Leibesübungen müssten gepflegt werden.

21. Die Pensionierung des früheren Herrn Stadtr. Auer hat gebeten, der Rat möge den Platz hinter der 32er Polizei pachtweise erwerben und ihn dann gegen Platzkosten dem Sportklub überlassen. Der Rat hat beschlossen, Herrn Stadtr. Auer in Gruppe 10 einzurichten und ihm eine Pension von 724 M. zu zahlen. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärt, dass die Stadt hier in einer Zwangslage stehe.

Schluss der Sitzung 9 Uhr.

*** Diebstahl. Vom Truppenübungsplatz Geithain haben sich am 22. d. M. fünf schlechte Flüchtlinge entfernt. Bisher haben sie dort einen Diebstahl ausgeschüttet. Es sind von den Dieben 15 weiße wollene Lagerdecken, 5 weiße Garnituren Bettwäsche und eine Bettdecke mit Kosten mitgenommen worden. Wäsche und Decken sind gerechnet mit „T. U. S.“ Es vermutet wird, dass die gestohlenen Sachen in Riesa oder anderen Orten zum Kauf angeboten werden, wobei man etwaige Wahrnehmungen, die zur Entdeckung der Diebe führen könnten, der Polizei melden.**

*** Protest und gebung. Man schreibt uns: Nun will auch in unserer Stadt die Jugend es sich nicht länger gefallen lassen; in Büchern und Almos mit Schmuck und Schmuck gemeinsam und wertloser Art bombardiert zu werden. Sie will tatkräftig in den Kampf für innere Meinungsfreiheit und Unabhängigkeit gegen Gemeinheit und Proletariat geweihten Vorleser und Verfaßter eintreten und redet in diesem Kampf auch auf die Unterstützung der aufständischen Gewerkschaften. Am Sonntag nachmittag um 2 Uhr soll auf dem Albertplatz eine öffentliche Abwehrkundgebung gegen den Schmuck und Schmuck in Wart und Bild stattfinden, in der die Führer des Dresdner Jugendringes, Bundessekretär Niedols und Lydia Eger, die männliche und weibliche Jugend zur Tat aufrufen werden. Hoffentlich wird die Versammlung recht stark besucht, damit der Kampf in vielen jugendlichen Herzen Widerhall findet.**

*** Die Belebung der Wohnungsnott. Der Hauptauschuss A des Landtages behandelte auf Grund des Reichsgesetzes vom 12. Februar 1921 die Frage der Belebung der Wohnungsnott. Das Reich verpflichtet bekanntlich die Länder, auf den Kopf der Bevölkerung 30 M. zur Belebung von Wohnungsbauten zur Verfügung zu stellen. Das wird für Sachsen 140 Millionen ergeben, wovon etwa 1750 Wohnungen in entsprechender Weise beauftragt werden könnten. Es fehlen aber bedeutend mehr Wohnungen, sodass nochmals der doppelte Betrag, also etwa 280 Millionen M. bereitzustellen sind.**

Heimatsgeschichte.

Nomen von Ludwig Rohmann.

gleiten. „Wohsein!“ Und ihr Blick ruhte auf ihm, während sie langsam ein Lächeln nahm.

Ulrich hatte das Glas ergriffen, trank den Wein auf einen Zug aus und leerte das Glas so hart wieder, dass es klorzte. „Martha!“ bettelte er bestürzend.

Sie schob ein paar Körnchen Kavat in den Mund, zerdrückte sie leicht und wohlig und griss wieder nach einem Stückchen Toast.

„Wie scheint, lieber Ulrich, dass Du da unten im Süden doch ein wenig verwildert bist. Du verlangst, ich soll Deine Frau werden, und schaust zu erwarten, dass ich Dich sofort und verlobt in die Arme führe. Dass Du mich lieb hast, behauptest Du, und ich glaube Dir. Aber Du fragst auch, dass Du Dich gegen diese Liebe hast wehren wollen und wehren müssen?“

„Martha, ich bitte Dich, erlaub mir das jetzt. Es ist wirklich nicht interessant genug, und doch ich nicht um Deinetwegen gegen meine Liebe ankämpfen, das versteht sich doch von selbst.“

Sie sah ihn fest an und sprach ruhig: „Warum musstest Du Dich wehren? Ich wüsste wirklich nicht, was mir in diesem Augenblick interessanter sein könnte.“

Das Gewußtheit der Hilflosigkeit kam lächelnd über ihn. Da half kein Widerstreben, wenn er nicht alle Vorteile des Augenblicks aufgezogen und Martha nicht obendrauf verlegen wollte.

So begann er denn zu erzählen; nicht ohne Überwindung und in dem Bestreben, schnell darüber hinwegzugehn. Auch alle Schnell nahm er langsam auf sich, aus dem unklaren Gedanken heraus, dass Martha vielleicht annehmen könnte, Ulrich habe versucht, ihr einzusangen.

Er hatte recht vermutet, der Versuch aber, Goe zu entlasten, mischläng. Martha hörte ihn an, ohne mit einem Wort zu unterbrechen; in ihren Augen aber glitt es hell auf. Sie lächelte nur eins: „Gern solle Einspielen!“ Das dünnte, kleine Ding hatte sich herausgenommen. Ulrich Wannhoff zu lieben und ihm etwas sein zu wollen; indes sie, Martha Prochnow, in verzweigender Sehnsucht nach ihm schrie und nicht verstehen konnte, dass er nicht endlich kam!

Der Ober kam mit dem Wein und servierte den Tisch. Nachdem er den Tisch noch einmal übersehen hatte, zog er sich zurück, und Martha griff nach dem Gläschchen: „Dass ich Dir geben?“ Das Kaugummi klang zufrieden.

Er wünschte das ganze Souper zu allen Zeiten, aber er hat doch gehasst: „Ich bitte!“ Währenddessen läßte er die Männer und dann auch sie ein paar Augenblicke schweigend. Erst als er sie angetrunken hatte, sagte sie langsam: „Ich werde nicht nach München fahren.“

Ein Lächeln ging über sein Gesicht.

„Und Du wirst noch hier bleiben?“

„Nein, bei der Abreise morgen muss es schon bleiben. Wenn ich dort wo hoffen, dass wir uns in der Heimat bald wiedersehen.“

Das Abendkonzert hatte begonnen und die Toreffnen hatten sich geöffnet. Eine vertrauliche Unterhaltung war kaum noch möglich, und Martha lenkte das Gespräch mit ruhiger Sicherheit auf ein anderes Gebiet hinüber. Sie läufte auf die Musik und gestand, dass sie in der letzten Zeit eigentlich den Zusammensein mit jeglicher Kunst verloren habe. In einem Theater sei sie seit zwei — nein: seit drei Jahren nicht mehr gewesen. Nur habe sie sehr viel nachgeholt, und sie seien sich eigentlich darauf, die Säulen alle wieder auszuhüllen.

Ulrich war tief unzufrieden — mit sich selbst und vor allem mit ihr. Ein paar Mal deutete er unbedeutend an, dass das alles, was sie da sage, ihm jetzt doch unmöglich interessieren könne, aber sie übertrug solche Andeutungen und zwang ihn schließlich doch, auf den Ton leichter Unterhaltung einzugehen.

Während des Nachstücks wurde sie beiter und für kurze Augenblicke vergaß sie die lästige Zwickbildung, die sie bis dahin bedroht hatte. Der Wein und die gespanntesten niederholten Ereignisse begannen ihre Wirkung zu üben.

Der leute Dämmerchein ging in dem strahlenden Weiß des elektrischen Lichtes unter. Das Dämmen der promenierenden Menschen, der kommenden, Gehenden und Gehenenden, wurde ungemeinlich, und Ulrich läufte, dass es zwecklos sei, unter solchen Umständen hier länger zu sitzen. Martha widersprach nicht, und er nahm das als Zustimmung zum Aufstehen. Sie beglich die Freuden und sie gingen hinunter in den Garten. Dabei schob er fügsam entschlossen seinen Arm in den ihren und sie ließ es unter einem leisen Aufseufzen geschehen. Sie plauderte und lachte, während sie die Bäderaltes hinab nach dem Kaiser hingingen, aber es klang ein müster, nervöser Unterton durch. Ulrich gab nur kurze Antworten und seine Erregung nahm klarer zu.

Unter das Sonderkriegsministerium. Das der Altherren-Verein Niedersachsen zum Treffen der Hauptversammlung der Schwerterbundesverbände, Wallfahrts- und Güterverbünden der Ostseegegend Ales u. Anna Sonnenburg, den 26. Februar, abends 8 Uhr im Hotel Königliche veranstaltet, wird hierdurch nochmals hingewiesen und gebeten, dass möchtige Unternehmen recht zahlreich zu beteiligen, damit die Ostseegegend den Konkurrenten in ihrer ersten Bedeutung bestehen kann. "Viele Wenige machen ein Viel, vereinte haben ihnen zum Ziel." Der Vorbericht der Einlaßkarten findet bei Herrn Buschendorff statt.

Die Radauswirtschaftsstelle gibt bekannt: In Nr. 35 des "Deutschen Reichsangebots" vom 11. d. M. befindet sich eine Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, nach der u. a. auch Ware des staatlichen Warenverzeichnisses Art. V zur Einfuhr ohne die nach der Einfuhrordnung vorherige lebensmittelbewilligung ausgesetzt wird, und zwar falso roh, in Bohnen, auch Brüch, gebraten, geröstet und geschält. Diese Bekanntmachung wurde von einzelnen Betrieben lizenziert und zweit in der Form bekanntgegeben, dass von jetzt an die Einfuhr von Kartoffelpulver freigesetzt sei. Dem gegenüber wird darauf hingewiesen, dass die Einfuhr von Kartoffelpulver noch wie vor einer Bewilligung steht, die zurzeit wegen des Bestehens der Einfuhrverbot nicht erteilt wird. Es handelt sich bei der obengenannten Bekanntmachung lediglich um eine Zusammenfassung derjenigen Waren, die bereits auf Grund früherer Bekanntmachungen einfließen waren.

Dresden. An der Angelegenheit Rosenthal und Sennhöfen sind neuerdings im Landgericht am Münchner Platz eine Anzahl Beamte des Landesreisepostamtes damit beschäftigt, die umfangreiche Korrespondenz von den sonstigen Geschäftspapieren der Betreibenden zu prüfen. Die Untersuchung geht den gewohnten Gang.

Freiberg. Wegen verdeckten schweren Raubes und Mordes wurde gestern vom hiesigen Schwurgericht der schon wiederholt vorbestrafe Schlosser Richard Robert Schmidt aus Dresden zum Tode verurteilt. Der Angeklagte ist beschuldigt, eine Verwandte seiner Fliegemutter im Schloss ermordet und ihrer Erbsparnis von 1000 Mark verantwoort zu haben.

Mittweida. Gestern früh wurde die 25 Jahre alte Anna Braband in der Wohnung ihrer Eltern tot aufgefunden. Es liegt Suizidalität vor. Nach umgedrehten Versichten soll die Tote mit ihrem Vater nicht ganz unzufrieden an deren Tod sein. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. — Gestern früh befinden sich die Transportarbeiter des hiesigen Steinkohlentrikts im Streit.

Blauen i. B. Der bekannte Maler, Zeichner und Dichter, Prof. Hermann Bonel, der besonders als langjähriger Mitarbeiter der "Kielegenden Blätter" im Unterricht stand, ist gestern mittag, wie der "Logil. Augst." meldet, auf seinem Lande in Krebs im Alter von 65 Jahren nach längeren Leidern gestorben.

Großherzog. Die Stadtvorsteherwahl, die auf Grund der Ungültigkeitserklärung der Wahl vom 20. Dezember 1920 vom Sonntag stattfand, hatte bei 8265 abgegebenen Stimmen (gleich 88,8 Proz. Wahlbereitschaft) folgendes Ergebnis: Es wurden gewählt: Mitteleändler, 2 Herren der Bürgervereinlichkeit, 1 Landwirt, 1 Industrieller, 3 Wehrheitspolitiker und 7 Unabhängige. Die Beamten erhielten kein Mandat auf ihre Würfe. Nach der letzten Wahl standen 9 Bürgerliche 9 Landtagsparteien gegenüber. Jetzt hat sich das Verbündnis in manchen der Bürgerlichen verloren.

* **Wetzlar.** Gestern mittag gegen 14.12 Uhr ist, wie der Zeitungsausschuss meldet, die hier von ihrem Mann trennt wohnende Fleischermutter des Ehefrau Anna Anna Richter geb. Rudolf, geboren am 18. 7. 81 in Röddach, im hiesigen Amtsgerichtsgebäude von ihrem Ehemann, dem Fleischermeister Reinhold Richter, geboren am 23. 7. 76 in Krosigk bei Halle/S., in bestialischer Weise ermordet worden. Die Eheleute waren erst seit 1 Jahr verheiratet und lebten seit Anfang d. J. voneinander getrennt. Nach einem gemeinsamen Abend im hiesigen Amtsgericht auf Betreiben der Ehefrau abgehaltenen Süßnetermin, bei dem eine Einigung der Ehegatten nicht zustande gekommen war, kam Richter nach einem kurzen Vorwinkel im Treppenhaus plötzlich mit einem Messer wie ein Tahnfänger auf seine Frau ein und verletzte sie durch zahlreiche Stiche in Hals und Brust tödlich. Der Täter, der sofort festgenommen wurde, gab an, das Messer mitgebracht zu haben, um seiner Frau eins auszuwischen. Die Absicht, sie zu töten, will er nicht gehabt haben. Die Gedachte war die vierte Ehefrau des Täters, der u. a. auch bereits wegen Doppelmord und Körperverletzung vorbestraft ist.

Sächsischer Landtag.

wil. Dresden, 28. Februar.

Präsident Fröhdorf eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr. Auf der Tagessordnung stehen zunächst Kurze Anträge. Auf eine Anfrage wegen der Kreisspanne bei verschiedenen Lebensmitteln zwischen Gezeugs- und Verbraucherpreis wird von der Regierung eine umfangreiche Erklärung abgegeben, aus der hervorgeht,

Geistlichen von Uhde.

(Seit seinem 10. Todestag, 28. Februar.)

Seine Tage sind seit dem Tode Herrn von Uhdes dahin gegangen, und diese Zeit hat genügt, um ihn unter die Meister unserer deutschen Kunst einzutreten. Das Aussehen, das seine die Christusgestalt mitten in unser Leben hellenden Bilder aus der biblischen Geschichte seiner Zeiten verklären; aber die hohen materialistischen Werke, die in seinen klassischen Stillebenen und sonnendurchfluteten Interieurs enthalten sind, machen ihn zu einem riesigen und hochbezahlten Meister, der Schönheit über den Tag hinaus gespendet. Uhde aus einer starken Fruchtbarkeit herausgeborene Bedeutung ist sehr umfangreich und sehr ungleich. Er hat in vieler Hinsicht gebündet, bevor er sein eigener Herr wurde. Schon als Knabe zeigte er vorzüglich in der Art Menzel, und als sein Vater starb, diese frühen Ausbildungskräfte zu dem damals allmächtigen Wilhelm von Kaulbach nach München brachte, um ihn über das einzige Talent seines Sohnes abzutragen, da rief der Münchener Akademiedirektor mit unverhohlem Abscheu aus: "Schwachsinn!" Das ist ja ganz so wie von Mengel in Berlin: "Der lernbegierige Knabe kam dann auf die Dresdner Akademie; aber dort misstet es ihm so sehr, dass er lieber Offizier wurde und nur noch als Offiziant eine kleine Schlachtenbilder malte." Als Offizier hat er auch den Krieg von 1870 mitgemacht, aber dabei Vinsel und Weinbrand nicht ganz vergessen. Bei der Belagerung von Paris fand er günstig Quartier in der verlassenen Villa des berühmten Tiermalers Jacques und gab sich in dessen schönem Atelier mit Leidenschaft seiner Liebhaberei hin. Um aber dies hilflosen Künstlergeist unbedingt zu erhalten, schlug unter Walleroffizier einen geburtenreichen Befehl an die Türe, dass niemand das Grundstück betreten noch mit Quartier beladen dürfe und schrieb als "General Uhde". Als Jacques zurückkehrte, war er natürlich hocherfreut, seine Wohnung so gut erhalten, ja noch um eine Anzahl Kunstwerke vermehrt zu finden, und bat ihn um eine Prämie für seine Verdienste. Uhde schickte ihm dann eine Grabung "von dem edlen Kunstmuseum deutscher Generale", ohne das man den wahren Sachverhalt erfuhr. Nach dem Kriege zog es Uhde doch von neuem unverhohlen an seine geliebten Malerort und er arbeitete bei Witzig in München, wo er auch mit dem eigne-

ten der verantwortliche bei den vertraglichen zusammenhängenden auf den Geschäftsbürokraten beruhete, die in den verschiedenen Verbindungen ebenfalls vertreten waren und durch besondere Bestimmungen der Reichsstellen beeinflusst wurden.

Es folgt jedoch die zweite Beratung über den Gesetzesentwurf betreffend

Vollzugsbeamten und Vollzugsbehörden.

Herr Dr. Wagner (Dnl.) sieht als Berichterstatter fest, dass man im Ausdrucke im allgemeinen über sämtliche Paragraphen des Gesetzes einig gewesen ist. Doch liegt eine Reihe von Abänderungsanträgen vor. Abg. 2 bis 7 (C. Bd.) begründet einen Widerstand gegen die bürgerlichen Positionen, bem § 2 folgende Fassung zu geben: Sind die Voraussetzungen des § 1 nicht erfüllt oder ist das Begehen nach Artikel 87 der föderalen Verfassung unzulässig, so weist das Gesamtministerium den Antrag zurück und beschließt hierauf den ersten Unterbericht. Dieser kann binnen zwei Wochen durch Einspruch beim Gesamtministerium die Entscheidung des Plenums des Oberverwaltungsgerichts anstreben. Sind die Voraussetzungen erfüllt und geht das Begehen auf Grund eines anderen Gesetzes als im Artikel 87 der Verfassung erwähnt ist, so übersteht das Gesamtministerium den Antrag dem Oberverwaltungsgericht. Das Plenum, die es Gericht entscheidet, ob das Begehen zur Zuständigkeit der Landesbehörde gehört. Verneint es das, so beschließt es hierauf den ersten Unterbericht. Der Antrag ist dann erledigt. Beläßt es das, so verbleibt das Gesamtministerium den Antrag in der angeflossenen Form in der "Sachlichen Staatsregierung" und legt Beginn und Ende der Abstimmungsfrist fest. Sind die Voraussetzungen des § 1 erfüllt und geht der Antrag auf Auflösung des Landesberichts, so erfolgt die Verabschiedung und Freistellung durch das Gesamtministerium ohne weiteres. Redet befreit hierzu: Der Wunsch um unentbehrliche Aufnahme der Bekanntmachungen in der föderalen Stelle ist auf lebhaften Widerspruch der föderalen Begegnung gestoßen. Es fehlen rechtliche Bedenken vorgebracht worden, dass der Staat eine solche Belastung der Preise verlange. Dem werde durch Streichung der betreffenden Bestimmung ausgewichen. Die Preise werde aber die Bekanntmachungen in ihrem eigenen Interesse aus der "Staatsregierung" abdrucken.

Herr Rennert (Nom.) begründet sodann einen Widerstandsantrag, wonach das Recht auf Einbringung eines Vollzugsbeamten nur den nach dem Betriebsstrafrecht wahlberechtigten Bevölkerungsschichten oder solchen, die gesellschaftlich notwendige Arbeit vorbringen (Lohnarbeiter, Kaufarbeiter usw.), zulassen soll. Er sei der Auffassung, dass der ganze Einbringungsapparat des Großstaates aufzuhören werden müsse, wenn Vollzugs- und Vollzugsbehörden für den Arbeiter Ruhe haben sollen.

Königreichsbeileiter Dr. Schulz: Bei der Berichtigung der Preise zum unentbehrlichen Abdruck der Bekanntmachungen habe es sich nur um eine Abweichungserklärung gehandelt.

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten. Der kommunistische Widerstandsantrag wird mit allen gegen die kommunistischen Stimmen abgelehnt. Der Widerstandsantrag der bürgerlichen Parteien wird dagegen mit 45 gegen 44 Stimmen angenommen. Abgelehnt wird § 13 Abh. 2 betreffend die unentbehrliche Aufnahme der Bekanntmachungen durch die Presse. Darauf wird das ganze Gesetz angenommen.

Die Vorlage, betreffend Bewilligung eines Bereichungsgeldes zur Notstandsunterstützung der erzgebirgischen und vogtländischen Landwirtschaft sowie der Antrag auf Vorlegung der neuen Gebührenordnung für Zerzie und Zahnärzte werden ohne Aussprache angenommen.

Zu der Anfrage, betreffend 2000 beim Bauhaußburzen - Eilenburg, hat Präfekt Fröhdorf, Anträge und Entwürfe, die Reichs- und Landesbehörden betreffen, künftig nur bei besonders wichtigen Anträgen einzubringen. Die Anträge wird durch die Regierungserklärung, dass bereits im Sinne der Fragesteller entschieden worden sei, für erledigt erklärt.

Nächste Sitzung Donnerstag nachmittag 1 Uhr; Nachtratssitzung, kleinere Vorlagen.

Schluss 2 Uhr.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 24. Februar 1921.

Meldungen aus Berliner Tagesblättern.

X Berlin. Wie die "Deutsche Allg. Zeitung" mitteilt, hat der Redaktionsausschuss der Sachverständigenkonferenz gestern den endgültigen Text des zu erlassenden Gesetzes festgestellt. Heute wird das Reichsministerium über die Gegenvorlage für London beraten; am Sonnabend folgt eine Beirottung der Gegenvorlage mit den Parteiführern und eine lebhafte Versprechung mit dem Reichsrat in Gegenwart des Ministers Dr. Simons.

Die Zusammensetzung der deutschen Delegation für die Londoner Konferenz ist gestern ab-

artigen Mäzen Graf Schad in Verhüllung kam. Der Auszugsgraf erschien eines Tages in seinem Atelier und begann seine Verklärung, indem er sich dicht vor das gerade auf der Staffelei stehende Bild setzte und es aus nächster Nähe durch einen Spiegelgucker betrachtete. Was er dabei gesagt, besteht er für sich, aber gesagt hat er jedenfalls nichts bei dem jungen Künstler.

Durch die Pariser Schule Wundschau und den Kunstschauspieler Alois Wohlmut, das eine "Der Schauspieler" genannt, das andere ihn als Michael III. darstellend. Seine Bilder aus dem Neuen Testamente machen ihn berühmt, und er wurde einer der geschätzten Künstler, der auch im Porträthervorragendes geleistet hat. Zu seinen besten Menschendarstellungen gehören zwei Bilder des Münchener Schauspielers Alois Wohlmut, das eine "Der Schauspieler" genannt, das andere ihn als Michael III. darstellend. Seine Bilder vor kurzem erschienenen Erinnerungen hat Wohlmut erzählt, wie Uhde ihn malte, und damit einen kleinen Beitrag zu der Psychologie von Uhde's Schaffen gegeben: "Uhde möchte in seinen Bildern den Eindruck hervorbringen, als ob alles in ihm selbst hingesezt wurde. Dem war aber nicht so: Uhde schuf zu erlösen, arbeitete er oft sehr lange. Er kritisiert und wiederholte: immer und immer fiel ihm etwas anders ein, ein anderer ein: Franz Hall, den er besonders liebte, Belaques, Tizian u. a. Bei Schaffung des Michael Uhdes hatten es ihm die Farben angetan: er eiste in die Pinakothek, Schauspielerei, und lehrte mit neuen Ideen zurück ins Atelier. Sein Charakter, seine Hingabe waren ungemein. Er arbeitete bis zur Grausamkeit gegen sich und - sein Modell. Entzündung für die Qualen, die ich erduldet habe, war Uhde sehr empfunden. Wie wenn der Schleuderhammer auf glühendes Eisen niederschlägt, so sprühen hohe Flammen. Zumal wenn er loslässt und während wurde über künstlerische Dinge, leuchtete sein unbeschreiblich schönes Auge, leuchtete wie die sonnenbeschienene See, gleich dem des lärmenden Erzählers Michael auf, und gesetzte Einfälle übersprudelten sich."

Kunst und Wissenschaft.

Die Museumskreise der Regierung. Die in Januar von den Reichsologen und Geographen beschlos-

senen werden, weiter und weiterer des Reichsfinanzministeriums, das Reichsfinanzministerium des Innern und das Reichswirtschaftsministerium werden durch acht Reiteren vertreten sein, und zwar durch die Ministerialdirektoren v. Simons und Göppert vom Auswärtigen Amt, die Staatssekretäre Schröder und Bergmann vom Reichsfinanzministerium, Staatssekretär Walde vom Reichsministerium des Innern, General v. Seest und General Strempel vom Reichswirtschaftsministerium und vorzüglichlich Schatzrat v. Reuter vom Reichswirtschaftsministerium. Als Sondervertreter Breuhens wird sich Schatzrat Bellinger vom Handelsministerium und als bayerischer Sondervertreter Staatsrat v. Weindel der Delegation anschließen.

Über das Verhältnis zwischen Voranschlag und Einnahmen im Reichshaushalt wird mitgeteilt: Für die neuen Monate April - Dezember 1920 haben beim Reichsfinanzminister und der einer Reihe anderer Einnahmen sowie die Einnahmen des Voranschlags für das ganze Jahr bereit übertritten. Dem Voranschlag gleich sind die Einnahmen der Robbensteuer, Biersteuer, Schauwinsteuer und a. a. Robbensteuer, die Kapitalertragsteuer, die Unionssteuer und die Böle. Die letzten drei Monate dürfen an sich nachsteigende Größen bringen, sobald der Abstand der Einnahmen von dem veranschlagten Aufkommen, der Ende Dezember rund 15 Milliarden betrug, durch die Einnahmen der Monate Januar - März ganz wesentlich vergrößert werden wird.

Am Thüringer Landtag erklärte der Führer der Reichsparteien Abg. Holz (Meiningen), die Reichsparteien brachten dem unter Leitung des reichsdeutschen Reichsministers der Finanzen v. Brandenstein stehenden Ministerium sein Vertrauen entgegen und lehnten deshalb die Einstellung ab. Die Abstimmung wurde insolide ausgetragen. Die Parteien werden über die parlamentarische Lage beraten.

General Vertrag nach Frankreich abgeschlossen.

II Oppeln. General Vertrag hat gestern Oppeln verlassen. Seine Abreise wird mit dem Gesundheitszustand seiner Mutter begründet, die ihn nach Frankreich verlassen habe.

Die Londoner Konferenz.

* Paris. Der erste Konferenztag hatte für die französischen die unangenehme Überraschung des Beschlusses über die Abstimmung in Abstimmung gebracht. Der 2. Tag brachte die nicht angenehme Überraschung des Vertrags von Lord George, Emir des Saïd eingeladen und die arabische Frage mit der türkischen zu verbinden. Man weiß, welche Gefühle die Franzosen gegen den Emir haben. Als Hauptvertreter Lord Georges wird dessen Vertreter angegeben, eine Verbindung des Emirs mit den Remanen zu hinterziehen. Es ist Urland gelungen, zu erreichen, dass an die Seite Emirs dessen Stellvertreter, General Heddad, in London erscheinen wird. Dieser Heddad ist hier als Abenteurer bezeichnet worden, der noch vor 4 Jahren ein sehr verdienter Beamter der ägyptischen Polizeiarmee war. Während der Kampf von Palästina hat er Dienst in der Armee des Emirs angenommen und während der kurzen Herrschaft Heddad war Heddad Chef der Polizei von Damaskus. Französische Vertreter ergänzen, dass der Chef der Delegation der Türkei von Angora der bekannte Befiz Sami Bey ist, der schon 7 Monate in Moskau gebracht hat. Er erklärt, dass er von den Alliierten die Revision des Vertrages von Sevres im Namen des Nationalitätsprinzips verlangt werde und dass er sich zugleich bemühen werde, mit Frankreich zu einem besonderen Vertragskommen zu gelangen, wenn sich dazu Gelegenheit bietet.

* London. Die Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens und Japans sind gestern vormittag gegen 11 Uhr im St. Jamespalast zusammengetreten, um die türkischen Delegationen anzuhören. Die türkischen Delegationen von Konstantinopel und Ankara wurden eingeladen. Sie geben nacheinander eine Darstellung der allgemeinen Prinzipien, nach welchen der Friede im Orient wiederhergestellt werden könnte. Die Konferenz hat die türkischen Delegierten erlaubt, vertretendweise die Punkte des Vertrages von Sevres nominiert zu machen, deren Änderung gewünscht wird. Die nächste Sitzung ist auf heute vormittag 11 Uhr festgelegt worden, um die Ergebnisse entgegenzunehmen.

Vermischtes.

Schweres Straßenbahnunglück in New York. Zwei Straßenbahnwagen sind gestern in New York zusammengefahren. Durch den Aufprall geriet ein Benzinhärl in Brand, der sich in einem der Wagen befand. Durch das entstandene Feuer wurden acht Personen, darunter mehrere Kinder, getötet; 25 Personen erlitten schwere Brandwunden.

und gesammelte, von den Westküsten gering geschätzte Kunst der Naturölle ist in neuester Zeit plötzlich Mode geworden und wird von manchen Schöpfern als ein Höhepunkt nach gestalteter Schönheit verherrlicht. Besonders ist es die Kunst der Regen, die das Entzücken erregt, und so manche junger Künstler ahnen mit hingebendem Eifer die Regenplastik nach. Wie man sich nun auch zu dieser Werbung stellen mag, so ist doch jedenfalls der Eindruck der Regenkunst auf unsre modernen Schöpfungen außerordentlich groß und jeder, der sich ein tieferes Verständnis für die Kunstfertigung unserer Tage erlingen will, muss sich auch mit diesen Arbeiten pri-mitiver Künstler beschäftigen. Bei uns sind diese Kunstwerke der Naturölle meistens in den völkerkundlichen Museen versteckt und vergessen und daher in ihrer eigenartigen Gestaltung schwer zu erkennen. Daselbst ist auch im Frankreich der Fall. Doch steht man dort nach einer gründlichen Aenderung. Lichte Reueret haben die Frage aufgeworfen, ob die Regenkunst für das Louvreum, das bisher nur den anerkannten Meisterwerken der europäischen Stile gewidmet war, reif sei, und eine Kunstschrift hat daraus eine Umfrage bei Gelehrten und Künstlern veranlasst. Alle Befragten die Regenkunst für "souverän". Nur der Konferator am Louvre, Gaston Wagon, trat dem entgegen und machte diesen Abstinent nur ethnographisch die Bedeutung bei. Die Umfrage schließt mit Auszügen aus Gobineau und einem Wort, das Kleine über das Bütz sagte: "Eine Dichterkeit ist wahhaft atlantisch." Hierin erhält man eine Anerkennung der Regenkunst durch den großen deutschem Philologen.

Tötung eines toten Dichters. Der in diesem Jahre verstorbenen bedeutende niederdeutsche Dichter Georg Büchner, der aus Oberstraße in der Landgemeinde Borsigheim kommt, hat eine 90-jährige Witwe hinterlassen, die sich bei den jüngsten schweren Verhältnissen nicht in der betroffenen Gegend befindet. Die Beisetzung der Landgemeinde Borsigheim hat ihr daran einen lärmenden Ersatz von 500 Mark ausgetragen. Besser konnte die Gemeinde Borsigheim dem Tode über das Grab hinaus nicht helfen, als ihr es in dem obigen Beschluss getan hat.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Metropol-Lichtspiele

Döppler Str. 2, Gathaus Stadt Freiberg.

Donnerstag, 24., bis Sonntag, 27. 2.: „Die Reise der Spionin.“ „Wo lebt die Republik?“ Sensationsdrama in 4 Akten. „Die Liebe der Lady Elm“ große amerikanische Komödie in drei Akten. Anfang wochentl. 8 Uhr, Sonntags nachm. 4 Uhr.

Vereinsnachrichten

Ewang.-nati. Arbeiterverein Riesa u. II. Sonntag, 4 Uhr im Wettiner Hof Vortrag des Herrn Schröder. Delpia. Mitglieder nebst Frauen sowie Gäste sind dazu herzlich eingeladen. Anschließend Hauptversammlung. Wahlsitz: St. W. V. „Zangerkranz“. Sitzung nicht Schlachthof, sondern „Goldener Löwe“.

Verein, ehem. Höherer Schüler zu Riesa. Am 26. 2. abends 8 Uhr öffn. Versamml. Weg. Spazierg. am 5. 3. 1. Ausb.

Sportverein 18. Rücksitz. Freitag, 25. 2. 21, Versammlung im Vereinslokal.

Öffentliche Mieterversammlung

Freitag, den 25. Februar, abends 1/2 Uhr im „Wettiner Hof“.

Herr Baumeister Geldler-Dresden spricht über Mietsteuer, Reichsmietengesetz und Grundsteuer. Mieterverein Riesa und Umgegend.

Großes Betriebsvergnügen

der Fa. C. C. Brandt, Sonnabend, den 26. 2. M. im Gathaus Wergendorf, bestehend aus

Konzert und Ball.

Anfang 6 Uhr. Hierzu laden alle Betriebsangehörige, Freunde und Hörner herzlich ein der Aufführung.

Riesa. Hotel Höpfner. Riesa.

Sonnabend, 26. Febr. 1921, abends 8 Uhr großes Wohltätigkeitskonzert

ausgeführt vom Ritter-Musik-Verein Riesa-Gröba unter Leitung des Jäthervirtuosen R. G. Kraus. Inhaber des Künstlerkreises der preuß. Regierung (mit insges. 40 Personen) zum Festen der Konfirmanden der Ortsgruppe Riesa u. Umgebung des Einheitsverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebenen. Einlaßkarten und Programm an der Kasse. Im Vorverkauf bei Herrn Buddruckerbes. Abendroth. — Einlaß 7 Uhr, Beginn 8 Uhr. Der Gesamtvorstand.

Gasthof Pausitz.

Sonntag, den 27. Februar, 1/4 Uhr nachm. Extra-Konzert

ausgeführt von der gesamten Kapelle Himmels. Leitung: F. Himmer, Obermusikmeister a. D. Vorsätzlich gewählte neue Musikkolleg. u. a. Opern-, Operetten- u. populäre Konzertmusik, Solo für Cello und Streichquartette.

Nach dem Konzert feiner Ball.

Ergebnis: Eintritt 2 Mark. E. Gastendorf.

Achtung! Ristor. Hirsh Neuweida.

Sonnabend, Sonntag und Montag großes Bockbierfest.

Stoff vorzügl. u. hochsel. f. Bockwürstchen. Für launige Unterhaltung ist gesorgt. Um gütigen Aufdruck bitten Arno Hirsh und Frau.

Schweineschmalz Margarine

kaut man stets frisch und am billigsten pfund- und zentnerweise bei H. Gruhle, Bismarckstr. 35 a. Telefon 652.

Am Donnerstag nachmittag verschied sonst und ruhig unter lieber Sohn und Bruder

Oswald Hugo Uebigau

im Alter von 9 Jahren 4 Monaten.

Dies zeigt im tiefsten Schmerzen an

Familie Uebigau.

Borl., am 24. Februar 1921.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 2 Uhr statt.

Heute zum letztenmal Leo Peukert.

Freitag bis Montag, den 25. Februar, bei großer Beaufsichtigung.

Ratharina die Große oder: Die Frau ohne Herz.

Ein Monumentalfilm allerersten Ranges in 7 Akten. — Siebold Schütz als Elisabeth, Kaiserin von Russland. Memmels verleiht diesem Programm.

Sonntag ab 2 Uhr große Jugend- und Familienvorstellung.

1. Dorndöschchen, Märchen in 5 Akten. 2. Prinzessin aus China, Lustspiel (auch für Erwachsene sehr wertvoll). Um alltäglichen Aufdruck bittet die Bellherin Anna Bach.



Erfurter Blumen- und Gemüsesämereien

empfiehlt in nur hochleistungsfähigen sortenreinen Qualitäten an den festgelebten Richtweisen

Ernst Moritz

Gärtnerhandlung Riesa, Gaußstr. 2, Ferns. 117.

Carotten, Rantasse, verbesserte, halblange, frühe, stumpfe, rote.

Raffia-Bast

Baumwachs



Peterlinie, feinste krause Moos.

Kammer-Lichtspiele

Hauptstraße

Nur noch heute: Der Wild-West-Schlager „Das Heldenmädchen der Prärie“. Ab morgen Freitag bis Montag ein großer Detektiv-Schlager in 7 Akten.

I. Teil

Der Mann mit der Kette.

Freitag Beginn der Vorstellung 8 Uhr abends. Sonnabend 2 Vorstellungen 7 Uhr und 9 Uhr abends. Sonntag 3 Vorstellungen 4, 6 und 8 Uhr. — Verlässt die nicht diesen großen Schlager anzusehen.



Restaurant Schlachthof

Riesa. Sonnabend, Sonntag und Montag großer Bockbierfest.

Stoff hochsel. Bockwürst mit Salat. Es haben ganz ergeben ein H. Schilbach u. Frau. Gleichzeitig bringen wir unsern vorzüglichsten Mittags-

Gasthof Jahnishausen.

Sonntag, 27. Februar, um 7 Uhr abends großes Gesangskonzert

ausgeführt vom Gesangverein „Einigkeit“ Brauflig.

Hierauf Ball nur für Konzertbesucher.

Nun. Plätze nur im Vorverkauf im Gasthof daselbst.

Bei der Abendkasse Eintritt 4 Mark.

Der Reinertrag ist für das Kriegerdenkmal bestimmt.

Hierzu laden ein das Komitee.

Nachruf!

Nach kurzem schweren Leiden verschied am 19. Februar unser weitgeschätztes Mitglied,

Herr Mühlendirektor

Oskar Brendel.

Wir betrauern in dem Dahingeschiedenen einen treuen Mitarbeiter, welcher das Wohl der Gemeinde stets hilfsbereit förderte.

Wir werden ihm in Dankbarkeit ein ehrendes Gedanken bewahren.

Der Gemeinderat zu Oelsitz.

Neue billige Preise!

Hemdentuch 80 cm breit Met. 18.— 18.50 14.— 12.70

Hemd-Nesse!, gestrifft. sehr haltbar Met. 11.70

Weiss Hemdenbarch. Prima breite Ware Met. 17.80

Ungebl. Hemdenbarch. Met. 12.75

Weiss Stanzen'einen Being zu 180 160 150 Mk.

Hellbunte Bettbezüge schwarz 117 110 100 Mk.

Wachstuch 100 cm Met. 40 Mk.

Emil Förster

Hauptstr. schriftgl. Apotheke.

Handwagen

sowie Erfährader solide Bauart — in allen Größen — zu äußerst geringen. W. Spengler geg. Kaiserholz

Wiederveräußer. decken Ihren Bedarf an

Rauchtabak

eicht Schwarzer Granat Sigaretten — Rauchtabak usw. selten günstig bei

Tabak-Köhler

nur Bismarckstr. 85 gute Quelle Sport-Sigaretten, 80 Wig. per 1000 Stück 190 Mark.

Doch keine emalierte Vereinsabzeichen. Ösenet. Wettinerstr. 9.

F. R.

Morg. Freitag ab 1/2 Uhr Versammlung im Gambrinus. D. G.

Die deutsche Nr. umfasst 8 Seiten

Nach schwerem Leiden verschied heute nachmittag im 70. Lebensjahr mein lieber Mann, unser guter treusorgender Vater

Gustav Rudolph Wustlich

Gütervorsteher i. R. der Sächsischen Staatsseisenbahn,

Inhaber des Verdienstkreuzes.

Riesa, Leipzig, Dresden, Loschwitz, Engelsdorf, Nossen, Görlitz i. Schles., den 28. Februar 1921.

In tiefer Trauer

Malwine Wustlich geb Ranze

Valentin Wustlich und Familie

Martha verw. Wustlich

Ludwig Wustlich und Familie

Erich Wustlich und Braut Margaret Richter

Hermann Wustlich

Familie Mücke

Familie Eichhorn.

Beerdigung erfolgt Sonnabend nachmittag 1/3 Uhr von der Friedhofshalle aus.

Beilage zum „Riesener Tageblatt“.

Redaktion und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Umgangssprache: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Nr. 46.

Donnerstag, 24. Februar 1921, abends.

74. Jahrg.

Die Konferenz der Gründungsminister

hat ihre Verhandlungen am Mittwoch mittag in München zu Ende geführt. Die Besprechung über die künftige Betriebsverfassung hat's das Ergebnis, daß es eine Umfrage bis zu einem Durchschnitt von vier Tagesentnahmen pro Sektor der Gewerbeaufsicht von Elsen, Roggen, Gerste und Hafer ausstellt werden soll. Im weiteren Verlauf der Konferenz wurde die Einvernehmen über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Preisregulationsregelung vom 25. Dezember 1918 besprochen. Es ergab sich dabei Übereinstimmung in den Ausschlüssen, daß der Zeitpunkt noch nicht gekommen sei, an dem die Abnahmestrukturen und Höchstpreisfestsetzungen der Länder und Kommunalverbände über Erzeugnisse, für die das Reich die öffentliche Bewirtschaftung aufgenommen hat, vollkommen fallen können. Den Ländern, nicht auch den Kommunalverbänden soll die Befreiung gestatten, im Einverständnis mit dem Reichswirtschaftsamt für Ernährung und Landwirtschaft zur Belebung von beständigen Maßnahmen in diesem Sinne zu treten. Das Ziel muß im Auge behalten werden, in absehbarer Zeit alle Veränderungen völlig zu befehligen.

Bei der Besprechung über die Fleischversorgung zeigte sich, daß eine Ausdehnung der Verordnung vom 19. September 1920 hinsichtlich des Schlachthauszwanges für den Viehverkehr und des Konzessionzwanges für den Fleischverkehr, wie sie im vorliegenden Vertrag vorgeschlagen wurde, nicht zweckmäßig erscheint. Die durch die Verteilung von verbindlichem Mais nunmehr ermöglichte Schweinehalt auf vertraglicher Grundlage soll unbedingt durchgeführt werden.

Bezüglich der Kartoffelversorgung im Zusammenhang mit dem Marktabsatz wurde von der überwiegenden Mehrheit der Vertreter die völlige Freigabe entsprechend dem Vorschlag der Reichs- und Landesregierung eingeholt. Beschränkungen sollen nur bei besonderen Notständen mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers zu gestatten sein.

Unschließlich erzielte eine eingeschlagene Ausprache über die gegenwärtige Lage der Wirtschaftssicherung und die zur Verbesserung der gegenwärtigen Lage notwendigen Maßnahmen. Die Ausprache hatte aber zunächst nur vorbereitenden Charakter, da auf der nächsten Konferenz der Gründungsminister die Frage der Neuordnung der Wirtschaftssicherung einer endgültigen Beratung unterzogen werden soll. Es bestand Einverständnis darüber, daß alle Mittel einzusetzen müssten, um zu einer Steigerung der Milchwirtschaft und zu einer besseren Versorgung der Verbrauchscentrale mit Milch zu gelangen.

Der Reichsminister Dr. Hermann Schmitz die Konferenz mit Worten herzlichen Dankes an die bayerisch-regierende und den bayerischen Landwirtschaftsminister für die der Konferenz erwiesene liebenswürdige Aufnahme und für die ausgesuchte sachliche Vorbereitung der Konferenz. Die nächste Konferenz der Ernährungsminister soll Ende März in Bremen stattfinden.

Die Abstimmung in Oberschlesien am 20. März.

Das Oppos. wird gemeldet: Von der interalliierten Kommission wird amtlich mitgeteilt: Durch Vorchrift der interalliierten Regierungs- und Plebisizitätskommission für Oberschlesien vom 23. Februar 1921 findet die Volksabstimmung für alle Stimmberechtigten am Sonntag, den 20. März 1921, statt.

Sapieha bemüht.

Infolge der Entscheidung der Londoner Konferenz in der Frage der Abstimmung in Oberschlesien, die bekanntlich die gleichzeitige Abstimmung aller Oberschlesiener verfügt hat, hat der polnische Außenminister Józef Sapieha, der gegenwärtig in Paris weilte, dem Marschall Piłsudski seine Zustimmung als Minister des Auswärtigen gegeben.

Das französisch-polnische Abkommen unterzeichnet.

Der „Tempo“ meldet, daß das französisch-polnische Abkommen gestern nachmittag um 3 Uhr unterzeichnet worden wäre.

Der neue preußische Landtag.

Nach den amtlichen Berechnungen des Landeswahlleiters stand sich der neue preußische Landtag aus 428 Abgeordneten zusammen. Davon entfallen aus den Kreiswahlbezirken aus der Berechnung der Abstimmungen und der Stimmen aus Oberschlesien auf:

Sozialdemokratische Partei	97 plus 10 plus 7	= 114
Zentrum	64 plus 6 plus 11	= 81
Deutschdemokratische Partei	14 plus 11 plus 1	= 26
Deutsche Nationalpartei	62 plus 12 plus 1	= 75
U. S. P. D.	18 plus 9 plus 2	= 29
Deutsche Volkspartei	48 plus 10	= 58
U. S. P. D.	20 plus 10	= 30
Deutsch-Hanoversche Partei	9 plus 2	= 11
Wirtschaftspartei d. deutschen Mittelpf.	1 plus 3	= 4
Davon 1 Abg. a. d. Landeswahlvorstand		
Das sind also zusammen		428

Das sind also zusammen 428

Die Aussperrung Scheidemanns.

Zu stürmischen Austritten kam es vorgestern abend in der außerordentlichen Sitzung des Stadtrat- und Gemeinderatsausschusses. Die Ausprägung des Überfallgermeisters Scheidemann und seiner Frau nach einer Wahlberatung machte unter lautem Jubeln und lautem Beifall der Delegierten der Deutschen Nationalpartei den Vorwurf, die getreuen Leute des Reichsverwaltungsrates gewesen zu sein, setzte den Wahlkampf unter gejubelnden und lautem Jubeln ihrer ganze Präsidentin auf vorläufige Verurteilung hin und den Abg. Scheidemann eingesperrt zu haben. Die Rechte antwortete mit Gegenwörtern. Schließlich wurde ein Urteil angenommen, der den Wahlfälscher ermahnt, die vom Polizeipräsidium zur Erstellung des Todesurteils ausgestellte Befreiung von 500 Mark bis zu 3000 Mark zu erhöhen. Erst nach und noch beruhigten sich dann die Gemüter.

Die amerikanischen Besatzungstruppen. Das französische Ministerium des Innern hat vorgestern der Presse mitgeteilt, daß eine amtliche Erklärung der Regierung der Vereinigten Staaten über die Übertragung der amerikanischen Besatzung aus Koblenz nicht vorliegt. Die französische Presse kommt dagegen wider, daß im Kriegsgebiet von Boulogne bereits 2 Divisionen der Kolonialarmee ihre Vorbereitungen treffen, zum Erstrik amerikanischer Truppen im Rheinlande.

Stat des Reichsarbeitsministeriums

Deutscher Reichstag.

Wib., Berlin, 23. Februar.

Ein Antrag der Staatsanwaltschaft auf Genehmigung der Strafverfolgung des Abg. Erzberger wegen Erhebungshinterziehung und Kapitalflucht und ein weiterer auf Strafverfolgung des Abg. Seitz (Kom.) wegen Diebstahl, Unterstellung und Verwundung werden dem Gesetzesausschuß überwiesen.

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend zeitweise Aussetzung der Erhebung der Verkehrssteuer auf den örtlichen Wasserläufen des Reiches wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die Beratung des

Haus des Reichsarbeitsministeriums.

Reichsarbeitsminister Braun:

Der Entwurf des Arbeitsministeriums schließt ab mit einem Gesamtaufschluß von beinahe 4 Milliarden Mark, in dieser Summe stecken gewaltige Aufwendungen für die Allgemeinheit, so sind eingeholt 100 Millionen Reichsmark für Invalidenversicherung, 120 Millionen für die Wochenhilfe und Wochenniedersorge, 500 Millionen für die Versorgung der Kriegsbeschädigten u. Kriegerhinterbliebenen und 925 Millionen für neue Wohnungen. Der Minister betont dann nachdrücklich die Notwendigkeit, die Gewerkschaften angeleitet den schlechten Finanzlage des Reiches möglichst produktiv zu gestalten und tritt im Auslande sich geltend machende irrtümliche Ansicht entgegen, daß der deutsche Arbeitmarkt nicht so ungünstig liege. Vor den Maßnahmen des Arbeitsministeriums, die erneut eine Erwerbslosigkeit steuern sollen, erwähnt er den Entwurf eines Gesetzes über die Ausstattung der Arbeitsnachfrage, der in Kürze dem Kabinett zugehen werde.

Den Arbeitern und Angestelltenverbänden, die sich zusammen getan haben, um durch gemeinsame Maßnahmen den Bedarf zu decken, sind Kredite zur Verfügung gestellt worden. Weiter ist eine vorläufige Arbeitslosenversicherung in Absicht genommen, eine endgültige Herstellung der Arbeitslosenversicherung soll so schnell wie möglich herbeigeführt werden. Die Zahl der Arbeitslosenanstaltungen ist gestiegen am 1. Dezember 1920 342 282 und stieg am 1. Februar des Jahres auf 432 281, die der unterstützten Familiennutzleider zu den gleichen Zeitpunkten 362 000 resp. 495 000. Während im Januar 1920 nur Erwerbslosenunterstützungen 54 Millionen ausgeschrieben wurden, mussten im Januar des Jrs. für denselben Monat 113 125 000 Mark aufgewendet werden. Minister Braun betont, daß die Enten's noch immer auf Preiseitung beruht im Abkommen von Spa festgelegten Rahmenmengen bestehen, anstatt nur Erleichterungen zu gewähren. Werte des Dancks und der Anerkennung für die deutschen Bergleute, die die Erfüllung des Abkommen von Spa erreicht haben, folgte der Redner die Erwartung hinzu, daß die gewerkschaftlich organisierten Bergleute Einsicht genug haben würden, durch friedliche Beratungen mit den in Betracht kommenden Körpern solches Reich in die Lage zu verlieren, seinen Verpflichtungen nach innen und außen nachkommen zu können. Eine Erhöhung des Kohlenpreises sei bedenklich, da die Wismutmarktpreise die Tendenz zeigen, sich inneren Industriepreisen zu nähern.

Redner verbreitete sich sodann über die Fortsetzung der Arbeitslosenfürsorge auf anderen Gebieten, namentlich auf dem Gebiete der Urbanisierung von Debländern, schaute das Fortstreben, die Lohnfrage überall nach dem wirtschaftlichen Fortschreiten des Landes in Entfernung zu bringen, und rief mit Rückblick auf die verschiedenartigen Teuerungsverhältnisse im Reich einen Ausgleich der Lebensmittel an diese an, indem er nach dem Vorbild der österreichischen Einführung bei den Beamten die Arbeitgeber zu ähnlichen Maßnahmen auffordert. An der Lösung dieser Aufgabe hätten die Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, ebenso wie der Reichswirtschaftsrat das größte Interesse, denn nur auf diesem Wege könnten die Lohnsteigerungen endgültig beseitigt werden. Bislang habe aber das Arbeitsministerium keine Hauptarbeit gerade auf dem Gebiete der Schließung solcher Streitigkeiten leisten müssen. Der Tarifgebund hat sich nunmehr durchsetzt. Es feien bereits 9,8 Millionen Arbeiter vom Tarif geschützt. Die Verhältnisse gestatten leider die Befriedigung der Demobilisierungsbemühungen immer noch nicht, wenn auch der Hauptwert nur noch auf die großen Städte gesetzt wird. Die Herstellung neuer Wohnungen im Bergbaugebiet und auf dem Lande bleibt eine Haupttätigkeit des Ministeriums. Mögig ist aber eine Verbilligung der Baurohrlösse. Wenn Staat aber wenigstens die Verzinsung der Baurohrlösse garantieren soll, kann es dies nicht, ohne die Mietsteuer zu erhöhen, über die dem Hause ja eine Vorlage zugegangen ist. Für 1921 hat das Reich 1 Milliarde für Förderung der Bautätigkeit als Vorstufe zur Erfüllung geplant, die gleichen weitere andere Maßnahmen für Wohnungen im Bergbaugebiet. Somit ist für 1921 auf eine Erhöhung der Bautätigkeit zu rechnen. Bisher sind 120 000 Bergarbeiterwohnungen errichtet worden. Die private Bautätigkeit verträgt aber völlig.

Redner verbreitete sich alsdann über beabsichtigte Erweiterungen bei der Rentengewährung der Biedereinrichtung der Zwangsversicherung für Hausangestellte, die Wohnelemente u. a. als Vorläufer der beabsichtigten Reform der Sozialversicherung. Die Angestelltenversicherung soll in gewissen Punkten ebenfalls angepasst werden. Werner gibt im weiteren ein ausführliches Programm des beabsichtigten Reformen auf dem Gebiete des Beschäftigtenwesens usw., erklärt sich für unbedingtes Festhalten am Achtstundentag, betont, daß eine ganz neue Schließungsordnung dem Arbeitnehmer bereits vorliege und schlägt die Schwierigkeiten, welche die große Fülle der Verpflichtungen dem Arbeitnehmer gegenüber machen und die nur ein lang anderes Fortsetzen zulassen. Nachdem nunmehr aber der erforderliche Beamtenapparat zur Seite sei, komme ein rasches Tempo zu stande. Ariegelschulden- und Öffentlichenbetriebsfürsorge werden jetzt rascher beschlossen, desgleichen schafft die Jugendfürsorge für die Kinder von Gefallenen und Verstorbenen gut voraus. In Lazaretten dienten nunmehr nur vorläufig Kranken verpflegt werden. Der Bund und das Land werden strikt durchgeführt werden. Es seien aber noch etwa 26 000 Schwestern vorhanden, sobald der Anbau der Lazarettseine Grenze finde. Er hoffe, daß der Geist der Volksgemeinschaft guten Boden in Deutschland finden werde. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Kaiser (Soz.):

besteuert, daß von all den oben angekündigten Geschehnissen noch nicht ein einziger dem Hause zugegangen sei. Wir wollen ein einheitliches für, organisch, dessen Kosten von der Allgemeinheit ausgebracht werden. Bei der jetzigen

Gebentwertung sind die Renten viel zu niedrig. Der Lohn müßte in voller Höhe angerechnet werden. Wie fordern gerade jetzt die Einführung der obligatorischen Familienversicherung und die Vereinheitlichung des gesamten Krankenversicherungswesens. Angestellten- u. Invalidenversicherung müssen verschmolzen werden. Die Leistungen der Angestelltenversicherung sind ungenügend, nur halb so hoch als die der Invalidenversicherung. Das Gesetz über die Arbeitslosenfürsorge muß brüchig werden. Den Betriebsräten muß endlich allgemein das Recht eingeräumt werden, das ihnen zusteht.

Abg. Dr. Fid. (D. Dem.):

Die Verschmelzung der Angestellten- mit der Angestelltenversicherung erscheint auch uns zweckmäßig. Redner bestreit das Arbeitsprogramm des Ministers wohlwollend. Speziell die Arbeitsförderungspläne sind ihm sympathisch. Die Tätigkeit der Schließungsausschüsse erkennt er gern an, die Fülle der bewältigten Schwierigkeiten scheine ihm aber zu beweisen, daß die Parteiverträge doch nicht das Arbeitmittel seien. Ein Achtstundentag steht auch keine Partei freundlich gegenüber, aber sie müßte verlangen, daß die acht Stunden auch wirklich ausgenutzt würden.

Schluß 7 Uhr.

Die Londoner Konferenz.

Der Londoner Sonderberichterstatuer von H. W. meint: Die Vertreter der Regierungen von Großbritannien, Frankreich und Italien hatten Dienstag Vormittag um 11 Uhr in der Downingstreet einen Meinungs austausch über verschiedene Fragen, die im Zusammenhang mit dem Vertrag von Sevres bestehen. Es wurde beschlossen, die türkischen Vertreter an der Sitzung einzuladen, die gestern Mittwoch 11 Uhr 15 Minuten im St. James-Palast stattfand. Die Bedeutung der Führer der alliierten Abordnungen war ziemlich kurz und nur der Regierung nebenstehender Fragen gewidmet. Es wurde beschlossen, eine Vertretung der Araber zuzulassen, um deren Aufführung über die Lage im Orient und insbesondere auf dem Vertrag von Sevres anzuhören, ebenso wie die Vertreter der Regierung von Anatolien. Ein Vertreter des Königs Gustav wird beauftragt werden, vor der Konferenz die Lage von Mesopotamien klarzulegen.

Kasseler Kommunistenprozeß.

Für den gestrigen 7. Verhandlungstag im Kasseler Kommunistenprozeß fandtige der Verteidiger, Reichsanwalt Woss, eine Sensation an. Französische Offiziere sollen erscheinen, um Nachforschungen nach dem angeblichen Aufmarschplan der Freikorps gegen Frankreich anzustellen, der nach einer Behauptung des Verteidigers in der vergangenen Woche aus der Linie des Angeklagten Altingmüller verschwunden sein soll. Bis zur Mittagsstunde hat sich aber noch kein französischer Offizier eingefunden. Dann soll der Zeuge geladene Logistiker des Angeklagten Hartwig, der bereits erwähnte Bergmann Auf-der-Straße vernommen werden. Der Zeuge sieht bei den Angeklagten in dem Vertrag, daß er Spiegel in ihren Reihen gewesen ist und die Polizei auf ihn aufmerksam gemacht hat. Der Zeuge ist aber nicht erschienen. Er wird infolgedessen in eine Ordnungskräfte von hundert Mark genommen. Während der Verteidiger behauptet, es sei von vornherein klar gewesen, daß der Zeuge nicht erscheinen werde, begründet der Verteidiger das Ausbleiben, damit, daß sich Auf-der-Straße strafbarer Handlungen bezweigt sei. Dann wird ein Kriminaloberwachtmeister aus Eisen vernommen, der die Haftnahmen bei dem Angeklagten Schroer vorgenommen hat. Er soll dabei einen Jetzel des Inhaltes, einen genau bezeichneten Mann zu erschießen. Dieser Jetzel befindet sich merkwürdiger Weise nicht bei den Akten des Gerichts. Im Verlaufe seiner Vernehmung gibt der Angeklagte Altingmüller an, es sei niemals eine rote Armee geschaffen worden, sondern nur das Gerücht einer Abwehrorganisation. In den Papieren, die bei dem Angeklagten vorgefunden worden sind, ist auch von einer Gerichtskommission die Rede, die aus drei Kommuniken besteht. Die Kommission hat sich u. a. auch mit der Ablieferung von Waffen an die amtliche Waffenstelle durch Angehörige der Organisation zu befassen gehabt. Dann finden sich in den erwähnten Papieren nähere Angaben über die Bildung der roten Armee in Regimenter, Bataillone und Compagnien. Werner werden verschiedene Bataillonsführer genannt. Unter den Papieren befinden sich auch Andeutungen über das Vorhandensein einer Freiwilligkeit in Düsseldorf. Regelm. Interesse begegnet in der Verhandlung einer Beschreibung der Formationen der R. A. Darin ist u. a. auch genau festgelegt, welche Tätigkeit die Bezirkfeldwehren zu entfalten haben. Bei einer eventuellen zwangsläufigen Aushebung sollen sie sich der Einwohnermeldeämter bedienen. Werner finden sich in dieser Beschreibung Mitteilungen über die militärische Überleitung an Berlin, die aus sechs Personen besteht. Für sie liegen auch Gedächtnisse vor. Unter den Aufzeichnungen Altingmüllers ist eine Resolution von besonderem Wert, die am 21. August in einer Versammlung des Führers und Unterführers der Roten Armee von Düsseldorf gefaßt worden ist. Die Versammelten stellen sich darin einmütig hinter die R. A. (Militärische Überleitung) und sprechen dieser ihr volles Vertrauen aus. Verleumdungen, die gegen sie erhoben worden sind, werden mit Entkräftigung zurückgewiesen. Schließlich werden in dieser Resolution die Betriebsräte ersucht, der R. A. die erforderlichen Gelder zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlung wurde sodann am heutigen Frühling veragt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Rolle für den österr. Heimatshaus. Vor einigen Tagen hat der frühere Reichswohramtner Roske in der „Österreichischen Volkszeitung“ einen Artikel über die österr. Heimatshausfrage geschrieben, in dem er u. a. sagte: „Der österr. Heimatshaus und die bayerischen Einwohnerwehren werden von der Rote Armee als gleichartig behandelt, und beide Organisationen sollen die Waffen abgeben. In den beiden Gebieten sind aber die Verhältnisse durchaus verschieden. Da die Verhandlungen zwischen Rukland und Roske noch nicht zu einem Abschluß gelangt sind, der für die Dauer Friedliche Verhältnisse garantiert, so bleibt Österreich weiterhin und Polen beträchtliche Teile der russischen Streitkräfte zum Übertritt über die Grenze nach Österreich anwagen. Damals dat. es als dringend notwendig ex-

wiesen, vorübergehend einen kleinen Vermögensaufschwung, der natürlich nur etwas leichter konnte, weil er bewusst war.

Schreibungen bei der Vermittlung von Wohnungen. Die in der geurigen Hr. do. BL unter dieser Stichworte gemachten Mitteilungen sind darin zu ergänzen, daß die Schreibungen und Verpflichtungen in Hannover erfolgt sind.

Bestellung von Postleitern im bezeichneten Gebiet. Nach einer Meldung der „Haust. Blg.“ nahmen die französischen Behörden in Wiesbaden und verschiedenen Orten des Rheinlandes Führer der deutsch-nationalen Volksparcie fest, weil sie durch Flugblätter mit Abbildungen des Straßburger Münsters und Darstellungen der Kaiserwilligkeit während der Befreiungskriege verbreitet hatten. — Zwei Führer der deutschen Volksparcie wurden vorübergehend in Wiesbaden festgenommen, weil sie für die Ausführungen des Reichstagsgeordneten Dr. Stresemann in seinem Vortrage über den Versailler Frieden verantwortlich gemacht wurden. Dr. Stresemann war rechtzeitig ins unbekannte Gebiet abgereist.

Der argentinische Regierungssammler „Bahlis-Blanco“ ist vorgestellt in Hamburg eingetroffen. Er hatte 30 Fahrzeuge an Bord, darunter Vertreter der argentinischen Regierung. Die Begrüßung bei der Ankunft gestaltete sich zu einer herzlichen Sympathiekundgebung für Argentiniens und die an Bord befindlichen argentinischen Führer.

Die Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen. Aus dem Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Wie aus den Verhandlungen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates bekannt geworden ist, beschäftigt der Reichsarbeitsminister die Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen in naher Zeit wesentlich einzuführen. Zugleich war geplant, die Vorschriften dieser Verordnung durch welche die Freizügigkeit der Arbeitnehmer bestimmt wird, völlig aufzuheben. Um die Reichswirtschaftsrat sowohl wie von der Vertretung der deutschen Städte ist aber darauf hingewiesen worden, daß die Gruppen mit besonders großer Arbeitslosigkeit, wie Berlin, Hamburg usw., bei der gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes bis auf Weiteres mühten. Es wird nunmehr deshalb daran gedacht, die Verstärkung der Freizügigkeit in den Großstädten mit besonders ungünstigem Arbeitsmarkt noch vorzubereiten zu lassen, zugleich aber auch die übrigen Bekanntmachungen der Verordnung aufzuheben. Die Regierungen der Länder, die Vertretungen der Städte und die Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie der vorläufige Reichswirtschaftsrat sind gebeten worden, zu diesem neuen Vorschlag Stellung zu nehmen. Sobald ihre Erklärungen vorliegen, wird die endgültige Entscheidung getroffen werden.

Der Straßenbahner im Industriegebiet bedient. Der Streit der Straßenbahner im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist mit der Annahme der leichten Vorstufen nun mehr beendet worden. Die Wiederaufnahme ergab eine Biersänfte-Wehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit. Heute nehmen sämtliche Straßenbahner ihre Tätigkeit wieder auf.

England. Die nationale Konferenz der Bergarbeiter hat einen Antrag der Bergarbeiter von Südwales abgelehnt, der verlangte, daß binnen 14 Tagen energetische Schritte getan würden, um die von der Arbeiterspartie zur Befestigung der Arbeitslosigkeit vorgeschlagenen Maßnahmen zu erzwingen. — Wie gemeldet wird, ist durch Streikdrolung von 30 000 Bergarbeitern infolge Lohnforderungen eine neue Eisenbahnerkrise entstanden.

Amerika. Die Annahme der Alliiertenhöfen. Der „Chicago Tribune“ wird aus Washington gemeldet, daß die Krone der Annahme der Alliiertenhöfen in Amerika seit der Ernennung Mellons zum Sekretär des Finanzdepartementes im zufälligen Kabinett des Präsidenten Harding wieder auf der Tagesordnung steht. Mellon ist Teilhaber der Bank Morgan und man schließt daraus, daß die finanziellen Interessen Amerikas unter die Kontrolle dieser Bank gekommen wären, die freundschaftliche Verpflichtungen zu Europa und besonders zu Frankreich unterhält.

Bermischtes.

Der Prophet auf der Leuchtenburg. Aus Gotha wird geschrieben: Im vergangenen Herbst durchzog, vom heimatlichen Städtchen Kronach kommend, die „Neue Schar“ Thüringen und fand überall begeisterten Zusatz. Unter der Führung von Paul Lampert schied, sührte die „Schar“ überall alte Polstühne auf, sand so den Beifall aller Kreise, denen an einer Siedlung der Jugendbewegung gelegen war und die so der Verbesserung und Verbilligung unserer Jugend entgegenwollten. Je weiter nach mit seinen Jüngern und Jüngerrinnen kam, desto größer wurde die Wirkung seines Vorbildes in angeblicher Eintheilung, Einfachheit und Sittenreinheit. In Jena verlusten ihn zunächst die Studenten, dann lehnten ihn die Arbeiter an, weil sie hinter seiner Bewegung eine traditionäre Sache vermuteten, jähliglich liegen beide Gegner ihn gewöhnen. Schließlich erging es der „Neuen Schar“ auch an allen anderen Orten. In Erfurt war eine Kirche nicht groß genug, um alle Hörer seiner Predigt lassen zu können, hier in Gotha kam ihm namentlich die Schule sehr entgegen. Die Augustinerkirche, auf deren alter Kanzel ein Martin Luther gesprochen, brachte kaum die gewaltige Schar von Hörcern zu fassen, die Wunschkirche zusammengetreten hatte und zu der er über die Sünden und Gaben unerster Zeit wettegte. Die Bewegung glich in ihren Grundzügen den Kinderkreuzzügen des Mittelalters und vertrug abgegeben von verschiedenen Überzeugungen, manches Gute. Seine ständigen Unzulängen, junge Leute beiderlei Geschlechts, schworen auf ihren Führer, ließen monatelang nicht von ihm und zogen mit ihm von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf. Ihren Unterhalt bestreift die „Neue Schar“ aus dem Verkauf selbstgefertigter Waren, Sandalen, Drechslerwaren usw. natürlich erhielten sie auch viele Geschenke. Im nächsten Frühling wollte man nach Norddeutschland weiterziehen, für den Winter aber gab die Regierung von Altenburg den „Neuen Schar“ ein Quartier auf der Leuchtenburg bei Gotha. Von dort kommt nun die letzte Stunde, daß Lampert sehr viel Allgemeinheit an sich hat und seine Prophetenrolle schwer ausgepielt haben dürfte. Es steht sich nämlich heraus, daß er seinen großen Einfluß auf seine Jüngerrinnen in der größtmöglichen Weise missbraucht hat; es hat sich auf der Leuchtenburg allem Ansehen nach eine formelle Konzernwirtschaft etabliert. Die Meuterei von Altenburg hat endlich auch die notwendigen Folgerungen aus diesem Treiben gezogen und die „Neue Schar“ von der Leuchtenburg vertrieben. Ueber Lampert ist bekannt geworden, daß er während des Krieges in Niedersachsen schuldig gemacht, auf Holzholz interniert wurde und nach Ausbruch der Revolution als Soldatenrat bis in Hindenburgs Hauptquartier gelangte.

Neubestellungen für März

auf das Nielscher Tageblatt wolle man heute noch beim Postamt, bei den Zeitungsaussträgern oder in der Geschäftsstelle (Goethestraße 59) zur Vermittelung an die Zeitungsträger bewirken.

Für die uns in so reizendem Maße überreichten Glückwünsche und Gelobte zu unserer Silberhochzeit danken herzlich.
Herr. Gabenicht und Frau.

Gleichzeitig danken auch wir für die vielen Zusammensetzen anlässlich unserer Verlobung.
Bodenien. Roswitha Gabenicht
Wilhelm König.

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit dargebrachten Glückwünsche und Gelobte sagen wir allen unseren Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.
Wilhelm Weier und Frau.
Vorwerk Großholz am Bahnhof Braunschweig.

Allrenomierter Wurst- und Fleischkonserven-Werk

— Weißensee — suchen Sie den billigsten Platz und Umgebung bei der Auswahl eines Großverbrauchers, Geschäftsräumen und Wohnungen gut eingliedert.

Das Kleineinvertechter.
Offerten unter L. G. 5000 beförd. Rudolf Wölfe, Berlin.

Dichag
Verkaufsstellen 30er
Einhörner. Za 25er
Schillerstr. 32.
En gros:
Weitnerstr. 26.

Für Wiederverkäufer:
20er Zigaretten m. Gold M. 200.—
o. M. M. 200 bis 255.—
o. M. 175.—
Gute Zigaretten von 50 Pfg an
la Rauch- und Shagtabak M. 3.50
Nordhäuser Kautabak M. 1.50

Edel-Seife
Ausnahmepreis ca. 1/4 Vid. nur M. 4.50
— mit 5% Rabatt. —
Sie finden bei uns große Auswahl erstklassiger
Seifenpulver, Seifenseifen, Seifenseife —
Leichter gut trocken.
F. B. Thomas & Sohn, Hansestr. 60
neben
Riel. Bank.

Vergessen
Stielicht, das
zu kaufen
1. Platz

Gürtel, Geldt.
m. Inhalt gefunden.
Wachiw. Gröba,
Laudhamerstraße 4, 2.
Junger Herr sucht
möbl. Zimmer.
Offerten unter U Y 6500
an das Tageblatt Niela.
Unständiger Herr sucht
möbliertes Zimmer
oder bessere Schloßstelle zu
mieten. Off. unter U Y 6500
an das Tageblatt Niela.

Junger Ehepaar
sucht leeres
Ob. möbl. Zimmer.

Angeb. erbeten an Schöne,
Chemnitz, Elbendorfstr. 8, 9.

Tausche
m. 5-8-W. m. Sub. 2. Etg.
m. d. Stadt, geg. Vid. m. W. ob.
Vid. W. in Niela ob. Gröba.

Offerten unter V A 6601
an das Tageblatt Niela.

Wohnungsausch.

Euche in Niela eine geräumige
Wohnung gegen schöne
4-Zimmerwohn. m. Garten
u. Stallung in New-Weida
zu tauschen. Offerten unter
U W 6507 an das Tgl. Niela.

Ginst. Schlifft. m. Mittagstr. 18.
An der Schule, Schulgasse 12.

18000 M.
a. fach. 1. o. 2. Dopp. 1.4. aus.
zuliehen. Off. unter U P 6500
an das Tageblatt Niela.

Heirat.

Wir verheiraten, Mitte 50, mit
45000 M. Vermögen, ohne
Abhang, ruhigst d. Bekanntschaft
eines älteren Fräuleins

ob. Witwe, mhd. Lohn. Abhang,
zu machen. Einbeirat in Ge-
schäft oder Hausgrundstück
angenehm. Ob. mit höheren
Angaben unter V B 6602a
an das Tgl. Niela erbauen

Ordnliches, sauberes, fleißiges

Mädchen

im Alter von 16 Jahren
1. ob. 15. März gekl. Frau
G. Gabmann, Goethestr. 57a.

2000 jge. Gänse

(Gänse). Offerten unter
V C 6600 an das Tgl. Niela.

Zuckertüte

Zeigt zum Verkauf. Frau

Silber. Gröba. Volt. Goldb.

1. Gläser aus Süßigkeiten

zu verkaufen. Aufrufen im

Tageblatt Niela.

Dr. med. I. Lahn,

Spezialarzt für Brüderleiden.

Viertel 33, Postnummer 100.

An Stelle von Cholezum auf

alte ausgetrocknete Dielung

zu verkaufen habe noch

Bruggräte

Wollen auch ohne Operation

u. Verkleinerung geheilt werden.

Rückkehr nach Preußen

am 1. März 1921, u. 10-1 Uhr.

Dr. med. I. Lahn,

Spezialarzt für Brüderleiden.

Viertel 33, Postnummer 100.

An Stelle von Cholezum auf

alte ausgetrocknete Dielung

zu verkaufen habe noch

Dr. med. I. Lahn,

Spezialarzt für Brüderleiden.

Viertel 33, Postnummer 100.

An Stelle von Cholezum auf

alte ausgetrocknete Dielung

zu verkaufen habe noch

Dr. med. I. Lahn,

Spezialarzt für Brüderleiden.

Viertel 33, Postnummer 100.

An Stelle von Cholezum auf

alte ausgetrocknete Dielung

zu verkaufen habe noch

Dr. med. I. Lahn,

Spezialarzt für Brüderleiden.

Viertel 33, Postnummer 100.

An Stelle von Cholezum auf

alte ausgetrocknete Dielung

zu verkaufen habe noch

Dr. med. I. Lahn,

Spezialarzt für Brüderleiden.

Viertel 33, Postnummer 100.

An Stelle von Cholezum auf

alte ausgetrocknete Dielung

zu verkaufen habe noch

Dr. med. I. Lahn,

Spezialarzt für Brüderleiden.

Viertel 33, Postnummer 100.

An Stelle von Cholezum auf

alte ausgetrocknete Dielung

zu verkaufen habe noch

Dr. med. I. Lahn,

Spezialarzt für Brüderleiden.

Viertel 33, Postnummer 100.

An Stelle von Cholezum auf

alte ausgetrocknete Dielung

zu verkaufen habe noch

Dr. med. I. Lahn,

Spezialarzt für Brüderleiden.

Viertel 33, Postnummer 100.

An Stelle von Cholezum auf

alte ausgetrocknete Dielung

zu verkaufen habe noch

Dr. med. I. Lahn,

Spezialarzt für Brüderleiden.

Viertel 33, Postnummer 100.

An Stelle von Cholezum auf

alte ausgetrocknete Dielung

zu verkaufen habe noch

Dr. med. I. Lahn,

Spezialarzt für Brüderleiden.

Viertel 33, Postnummer 100.

An Stelle von Cholezum auf

alte ausgetrocknete Dielung

zu verkaufen habe noch

Dr. med. I. Lahn,

Spezialarzt für Brüderleiden.

Viertel 33, Postnummer 100.

An Stelle von Cholezum auf

alte ausgetrocknete Dielung

zu verkaufen habe noch

Dr. med. I. Lahn,